

tarantel

Nr. 11

August 2000

Rundbrief der Ökologischen Platt- form

bei der PDS

**Nach dem Parteitag in
Münster**

**Landbewirtschaftung, Na-
turschutz und Landschafts-
pflege**

Nachhaltigkeit und Macht

**Konfliktpotential zwischen
Naturschutz und Windkraft-
nutzung**

**Im Widerspruch zwischen
Theorie und Praxis – Be-
richt vom ADELE-Landes-
treffen**

**Westliche Technologie und
„Dritte Welt“**

**Mit Ökologie wäre die PDS
wählbar**

Inhaltsverzeichnis

Marko Ferst Notizen zur Zukunft der PDS und der Ökologischen Plattform

Bruno Kern Rede zum Parteitag

Dieter Klein Reformalternativen

Fred Engels Probleme der Ökologie

Bärbel Dorn Utopien, die PDS und die tarantel

Sabine Kunze Im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis

Otto Ullrich Westliche Technologie und „Dritte Welt“

Dr. H. Kittner Landwirtschaft und die Aufgaben in Naturschutz und Landschaftspflege

Elke Wolf Helga Eblinghaus, Armin Stickler: „NACHHALTIGKEIT UND MACHT“. zur Kritik von Sustainable Development

Prof. Michael Succow im Interview Das Konfliktpotential zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung

BUKO - 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Leserbrief Mit Ökologie wäre die PDS wählbar

Termine, Hinweise, Literatur

Marko Ferst

Notizen zur Zukunft der PDS und der Ökologischen Plattform

Parteitagsauswertungen, Programmdiskussion und Perspektiven

Die Katerstimmung nach dem Münsteraner Parteitag scheint sich zwar gelegt zu haben, doch der Einbruch war tief und wirkt nach und er ist geeignet, daß sich das 2002 zu 4,9% statt 5,1% rechnet. Wo ist die PDS zehn Jahre nach der Wende und dem Ableben ihrer Vorgängeridentität angekommen? Ist sie eine Partei wie jede andere, angepaßt an die herrschenden Verhältnisse? Die Reproduktion des an der Macht Teil habens funktionierte zumindest besser wie der Aufbau eines alternativ-emanzipatorischen Gestus. Auch das Opponieren scheint keineswegs so selbstverständlich kritischen Geist in bezug auf unsere gesellschaftliche Entwicklung hervorgebracht zu haben. Die Kreise des Politischen sind enger gestrickt. Sie sind nicht unbedingt geeignet weiter zu sehen, sie bleiben oft genug in sich selbst befangen. Manches aus Zeiten der SED wirkt natürlich auch sozialpsychologisch nachhaltig weiter.

Ziemlich trocken seien die alten Kader in der PDS weggekommen, eine radikale Abrechnung mit dem Stalinismus habe es in der PDS nicht gegeben, wenngleich manch profundes dazu publiziert worden sei, läßt Dietmar Keller via Spiegel wissen.¹ Dem würde ich zustimmen, nur damit ein Muster auf den Münsteraner Parteitag zu zeichnen, hier die Reformen da die Orthodoxen, ist ganz gewiß falsch. Es war eine Dummheit auf dem Parteitag über die Fürsprache der PDS in besonderen Fällen für „humanitäre“ UN-Kriegseinsätze abstimmen zu wollen, die Sache in eine solche Entscheidungssituation hineinzutreiben.

Dennoch ist natürlich die Frage zu stellen: Wer kann denn dafür garantieren, daß dies am Ende nicht so ausgeht, wie bei den Grünen. Die gaben sich mal weitaus pazifistischer als es die SED je war. Die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene lauerte in Wartestellung hinter dieser Abstimmung. Solange nicht konsequent von den Regierungen der westlichen Industriestaaten eine Abrüstungsspirale in Gang gesetzt wird, sollte sich eine zustimmende Mitwirkung an militärischen Interventionen für die PDS ausschließen. Ohnehin ist Deutschland noch kräftig am Anzetteln neuer Kriege über die herausragende Stellung beim Rüstungsexport eingebunden. Die Grundformel sollte lauten: Frieden schaffen ohne Waffen. Wenn man für UN-Kriegseinsätze in gewissen Fällen plädiert, dann muß man auch bereit sein, mit der Waffe in der Hand in solchen Einsätzen zu kämpfen. Das wäre ich in keinem Fall. Mir scheint, mit dem „Hintern“ anderer Leute dann durchs Feuer zu gehen, ist jedenfalls nicht redlich.

Zu den drei Tagungen. Auf der ersten Tagung des 6. Parteitages konnten wir erreichen, daß die Ökologische Plattform mit in der Programmkommission vertreten ist. Auch mit Unterstützung anderer AGs u.a. wurde dies möglich. Elke Wolf nimmt dieses Amt von unserer Seite wahr, ihre Thesen waren in der „tarantel Nr.10“ und im ND auszugsweise abgedruckt. Mit unserer Programmtagung im Juni 2000 wurde ein weiterer Schritt getan in der Richtung, daß wir konkrete Vorschläge zur Veränderung des Programms machen können.

Auf der zweiten Tagung des 6. Parteitages in Suhl zum Europaprogramm gab es einige Anträge von uns, etwa kurz das Thema Gentechnik zu berücksichtigen. Immerhin waren wir im Vorfeld wenigstens gefragt worden, ob wir zum Umweltabschnitt etwas beisteuern wollen, was ein Fortschritt insofern war, als eine zum Wahlprogramm der Bundestagswahl von uns vorgeschlagene moderate Neufassung des Abschnitts in den Papierkorb wanderte. An der damaligen Entwurfsfassung war deutlich zu sehen, daß sie jemand geschrieben hatte, der keine Ahnung vom Stoff hat. Beim Europaprogramm gab jedoch es eine Reihe von Aussagen, die bei der BAG Internationalismus und anderen, insbesondere westlichen PDS-Verbänden auf Widerspruch stießen, etwa zur Landwirtschaft. So bildete sich auf dem Parteitag ein Ring von Einsprüchen heraus, an dem wir partiell beteiligt waren über einige wenige Anträge. Die kritische Reflexion und Prüfung von verschiedenen Programmmaterialien ist und bleibt wichtig und als Ökologische Plattform sollten wir auch künftig darauf Einfluß nehmen und klar machen, daß sozial-ökologische Reformalternativen im Zentrum politischen Geschehens stehen müssen, mit klar formulierten Rahmendaten. Wichtig ist, daß die Delegierten der Plattform auf den nächsten Parteitagen sich nicht nur als abstimmende Zuschauer begreifen, sondern per Rede und mit Anträgen, Einfluß auf das Geschehen nehmen, den Kontakt zu anderen AGs etc. suchen und konzeptionelle Ideen entwickeln, wie man mit dem Areal das Parteitage aufwerfen, am besten umgehen kann.

Der Parteitag zu Ökologie, Süd-Nord und Feminismus, die Themen sollten im Zentrum stehen, hat praktisch nicht stattgefunden. Wer sich am Montag und Dienstag danach mal quer durch die Presse gelesen hat: So gut wie kein Satz wurde dazu geschrieben, ausgenommen ND. Die AG Umwelt Brandenburg formulierte es sehr prägnant: Die Tagesordnung des Parteitages entspricht nicht der Beschlußfassung des Parteitages zum Thema Ökologie, Süd-Nord und Feminismus. Eine 4. Tagung des 6. Parteitages ist dazu anzusetzen. Dies so unmißverständlich zu formulieren ist an sich schon ein Politikum unabhängig davon, ob sich das durchsetzen läßt oder nicht. Das was in den jeweils 2 Stunden zu den Punkten gesagt wurde, war oft lohnend, aber die ganze Anlage der Sache war natürlich nicht geeignet eine strategische sozial-ökologische Reformalternative der PDS öffentlich kenntlich zu machen. Beachtenswert war auch, von den führenden Politikern der PDS war bei der Debatte, soweit ich sehen konnte, nur Lothar Bisky anwesend. Auch dies sagt viel über die Probleme der PDS aus.

Im Vorfeld des Parteitages wurde nichts unversucht gelassen, die drei Themen an den Rand zu drängen.

¹ Der Spiegel Nr. 16/2000, ab S.24

Andre Brie wollte sie erst gar nicht behandelt wissen. Dietmar Bartsch war vom Parteivorstand beauftragt die Tagesordnung zu erarbeiten, mit den bekannten Folgen. Eine entworfenene Gegenkonzeption zeigte von der Zeitaufteilung, daß ein ganzer Tag für Ökologie, Süd-Nord möglich gewesen wäre, aber das war nicht gewollt. Immerhin gibt es eine ganze Reihe von Ökoanträgen, die verabschiedet worden sind. Das liegt daran, daß diese im Anschluß an die Debatte zu den drei Themen behandelt wurden und nicht wie zu vermuten war, am Schluß des Parteitages, wo so etwas dann in aller Regel an den Parteivorstand zum Entscheid überwiesen wird.

Ein Dialog wie er noch bei einem ersten Treffen zwischen Vertretern der verschiedenen Themen und dem Parteivorstand zustande zu kommen schien, wurde abgebrochen. Ein zwölfseitiger Brief von mir an den Parteivorstand, der eine sehr kritische Einschätzung gab u.a. auch mit vielen Vorschlägen, hielt man nicht mal für nötig zu beantworten. Auf dem Parteitag wurde das Zentrum „eine Welt“ zusammen mit dem dann noch zugestandenem Stand der Ökologischen Plattform in der hintersten Sackgasse der Münsterhalle untergebracht, 200 Meter entfernt von den Saaleingängen. Zufall?

Zuletzt hatte Manfred Wolf an den Parteivorstand und einige Zeit später ich selbst in Briefen an das Arbeitspräsidium und den Parteirat gefordert, wenigstens das Eingangsreferat so zu gestalten, daß 15 Minuten Volker Lüderitz von Seiten des Parteivorstandes und Bruno Kern als Vorschlag der Ökologischen Plattform weitere 15 Minuten spricht. Bei dem feministischen Part auf dem Parteitag gab es zwei Einführungsbeiträge, wir erhielten Briefe von Dietmar Bartsch gezeichnet, daß dies abgelehnt werde.

Es gibt noch ein paar Dinge, die ich in diesem Zusammenhang gleich mit ansprechen will. Auf einer Zusammenkunft des Parteirates wurde von Dietmar Bartsch versucht, der Ökologischen Plattform die Hälfte ihrer Parteitagsmandate wegzukürzen. Eckehard Jänicke, der die Ökologische Plattform dort vertritt, konnte dies erfolgreich abwehren. Bartsch ist auch maßgeblich verantwortlich, daß die Stelle des ökologiepolitischen Sprechers gestrichen bleibt. Viele marginale negative Auswirkungen kann man darüber hinaus diagnostizieren, die ich hier im einzelnen nicht alle ausführen will.

Im weiteren versucht er die Arbeitsgruppen und Plattformen generell in ihrer Arbeit zu beeinträchtigen. Die Berliner Zeitung hat darüber bereits geschrieben. Man kann das an den Mittelkürzungen für diese Parteigremien ablesen, aber er hat etwa der AG Bildungspolitik wissen lassen, Arbeitsgemeinschaften und Plattformen sind im Grunde unzeitgemäße Einrichtungen. Zwar dementiert er das offiziell, aber ich fürchte Horst Bethge hat sich das nicht aus den Fingern gesogen. Generell fällt auch auf, daß Bartsch eine zentralistische Vermachtung der PDS anstrebt und ihre Pluralität zurückdrängt. Eine solche Vorgehensweise ist grundsätzlich nicht akzeptabel. Es ist festzustellen, daß die inhaltliche Arbeit aus dem Karl-Liebnecht-Haus personalstrukturell immer mehr ausgelagert wird. Im Grunde genommen wäre eine Evaluierung des innerorganisatorischen Parteaufbaus von Nöten und davon ausgehend eine konzeptionelle Umgestaltung, bei der Inhalte wieder mehr im Vordergrund stehen. Es ist nicht verwunderlich, daß sich solche Fehlentwicklungen eingestellt haben. Wer sich die Textbeiträge von Dietmar Bartsch anschaut, dem wird die Inhaltsleere und der Schlagwortcharakter (soziale Gerechtigkeit etc.) nicht entgehen. Und er hat am Ende nicht unerheblich das Sagen, in Sachen Personalbesetzung etc. Nun ist es wohl in der PDS noch nicht so, daß man Parteiämter auf Lebenszeit ausübt und es gibt da noch immer eine Einrichtung, die sich Wahl nennt. Man sollte in den verschiedenen Parteigliederungen darüber nachdenken, wer jetzt oder auch später die beste Kandidatin oder der beste Kandidat für das Amt des Bundesgeschäftsführers ist. Könnte ja sein, es wäre sinnvoll, wenn man zu einem besseren Arbeitsstil und sozialem Verhalten käme, zumal die Problematik nun eine ganze Reihe von Gliederungen etc. in unterschiedlichem Maß betrifft. Der Ruf der Bundesgeschäftsführung ist ja schon lange nicht der beste, nur interessiert mich die Gerüchteküche normalerweise nicht, solange nicht Fakten auf der Matte stehen. Wenn ich das hier so klar ausdrücke, dann verbindet sich damit natürlich die vage und womöglich auch unbegründete Hoffnung, daß bestimmte nette kleine Schikanen seitens Dietmar Bartsch und Co. künftig unterbleiben. Ich sehe wohl, daß es nicht einfach ist in führenden Funktionen eine Partei zu koordinieren, aber es könnte schon sinnvoll sein, einen Politikstil anzustreben, der nach innen nicht die Parteiarbeit nachhaltig beschädigt. Gewiß Konfliktsituationen treten immer mal wieder auf, sehr heftig offenbar in Führungsebenen in Brandenburg zuletzt und angesichts der Übertretung, die mit dem Münsteraner Parteitag zu verzeichnen war, sei nur die Überlegung beigegeben, ob es nicht sinnvoll sein kann, sich ein Instanz in der Partei zu schaffen, die man in Konfliktsituationen um Rat und eventuell um Vermittlungsmöglichkeiten ersuchen kann. Das wäre also eine völlig andere Arbeitsweise als sie die Schiedskommission wahrnimmt.

Die Programmdebatte, man hat nicht den Eindruck sie hätte sich wirklich schon entfaltet, wird unter Umständen sehr schnell entsprechenden Ergebnissen zugeführt werden. Das kann man sich allein an der Zeitachse schon ausrechnen. Wenn 2002 das Bundestagswahlprogramm zu entwickeln ist, dann wird man vorher bereits das Parteiprogramm fertig umgestaltet haben wollen. Das setzt sehr enge zeitliche Rahmenbedingungen, wenngleich es für eine qualitative Arbeit am Programm sinnvoller wäre, sich viel mehr Zeit zu nehmen. Für uns bedeutet das, wir sollten noch in diesem Jahr, aus dem am 17.6. auf unserer Programmkonferenz erarbeiteten Material und weiteren Ideen entsprechend knappe, prägnante und sprachlich elegante Formulierungswünsche abfassen und darüber auf einer zweiten Programmkonferenz diskutieren. Im übrigen ist es sehr wichtig, daß unsere Programmarbeit auch in der Partei wahrgenommen wird. Ohnehin wird es entscheidend sein, ob uns eine offensive Lobbyarbeit für unsere Vorschläge gelingt, weil es sonst sehr leicht passieren kann, daß unsere Vorschläge in irgendeinem Aktenordner auf immer verschwinden und auf

Parteitage das per Antrag, womöglich gegen das Votum der Antragskommission durchzubringen, ist sehr unwahrscheinlich, es sei denn glückliche Umstände fügen sich beisammen. Insofern ist eine hohe qualitative Arbeit unsererseits unbedingt erforderlich.

Wichtig ist für die Programmdebatte auch den Impuls zu nutzen, der mit der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Studie „Reformalternativen“ verbunden ist. Insbesondere im ersten Teil ist der ökologisch-soziale Gesellschaftswandel als zentrales Reformprojekt der PDS umzeichnet. Das ist gegenüber den bisherigen Diskursen in der PDS ein deutlicher Qualitätssprung. Selbstverständlich ist es notwendig mit einigen Aussagen sich kritisch auseinander zu setzen, aber das Niveau der Ausarbeitung, speziell des ersten Teiles, ist gänzlich anderer Natur, als das was üblicher Weise geboten wird. Die Lektüre ist in jedem Fall auch spannender als der 1996 zur Programmatik der PDS erschienene Band.

Langfristig könnte man darüber nachdenken, angesichts der schmalen Ergebnisse, die der Münsteraner Parteitag für die Ökologie gebracht hat, ob man aus der Vielzahl der Materialien die insbesondere zu Nord-Süd und Ökologie vorhanden sind, ein völlig überarbeitetes Material entwirft. Das könnte z.B. in Form eines Leitantrages an einen Parteitag gehen, vielleicht kann man aber auch andere Formen finden. Im Augenblick ist es allerdings sinnvoll zu versuchen, daß die Programmdebatte nicht mit einer Verschlechterung der generationenübergreifenden Fragestellungen endet und soziale Weltinnenpolitik Randthema bleibt. Generell sollte man versuchen das die Ökologie und der Nord-Süd-Part auch personell stärker im Bundesvorstand vertreten ist. Da der Vorstand immer Montags tagt, ist er eigentlich nur mit Rentnern oder bezahlten PDS-Politikern zu besetzen. Aber vielleicht könnte sich jemand vorstellen, unsere inhaltlichen Interessen im Vorstand wirksam und qualifiziert einzubringen.

Schon seit längerem sammle ich Material und denke über verschiedene Konzeptionen nach, wie man ein Buch zur Plattform unter Einbezug der wichtigsten Texte seit der Gründung 1994 konzipieren könnte. All dies wäre sehr aufwendig, aber wenn sich Menschen fänden, die Texte scannen und für das Manuskriptformat technisch aufbereiten könnten u.a. Arbeiten mit betreuen würden, gäbe es dafür längerfristig durchaus ein Chance.

Generell wird es für die Ökologische Plattform in Zukunft wichtiger sein, funktionsfähige Netzwerke herauszubilden in denen ganz unterschiedliche Arbeitsziele verfolgt werden. Es kann z.B. sein, daß sich eine Gruppe besonders um die Kontakte und den Austausch zur Grünen Liga und zu anderen Umweltverbänden kümmert. Ein anderes Netzwerk von Menschen ist vielleicht der unmittelbar Natur- und Artenschutz zentral, nur als Beispiel. Es scheint mir schon wichtig zu sein, daß wir aus der Vereinzelung in der Plattform, so weit das auf ehrenamtlicher Ebene sinnvoll und möglich ist, rauskommen. Dazu gehört ganz gewiß auch, daß wir in den Ländern, wenigstens im Osten, wo noch keine funktionierende AG Umwelt oder Plattform existiert, dazu kämen. Es kann ja z.B. nicht das Problem sein, wenn eine Gruppe z.B. in Sachsen-Anhalt ein regionales Treffen organisieren wollte, daß dann die Adressenliste auf Bundesebene der Plattform dafür initiatorisch mit genutzt wird. Sorge getragen werden muß auch dafür, daß künftig die Bundesebene arbeitsfähig bleibt, da mehrere für den SprecherInnenrat nicht mehr kandidieren werden, daß betrifft auch mich selbst und hängt mit der Studienbelastung zusammen und anderen Faktoren.

Generell muß man wohl für die Zukunft aufpassen, daß die praktische PDS-Politik keine ökologiefreie Zone wird. Ich teile die Auffassung, die Roland Schnell in der „tarantel“ Nr.10 dazu geäußert hat und im Grunde findet man bei Dieter Klein dieselbe Beschreibung milder ausgedrückt aus der Perspektive, was getan werden müßte. Wir brauchen in der Plattform eine Pluralität der Auffassungen, jedoch muß man schon darauf achten, daß das größtenteils niedrige Niveau, daß die Partei vorgibt, sich nicht übersetzt in sinkende eigene Ansprüche. Ohnehin darf man Ökologie nicht als Politikfeld betrachten, sondern sollte schon erkennen, daß wir mit einer Grundsatzkrise der menschlichen Entwicklung konfrontiert sind. Die heutige politische Betriebsamkeit ist so blind, daß sie ihre eigenen Funktionsprinzipien über die Naturgesetze stellt. Da kommt dann hinten raus: Umweltfragen müssen bei der Finanzpolitik oder Wirtschaftspolitik usw. mit berücksichtigt werden. Natürlich zeigt die Erfahrung, das ist anachronistisch. Das damit verbundene Weltbild gehört im Grunde genommen ins Museum. Dies ist aber der Boden auf dem heute Politik funktioniert und von daher ist es notwendig sich sehr kritisch mit der heutigen Faktizität von Politik auseinanderzusetzen, was an ihren Systemstrukturen zu verändern wäre.

Ein Blick nach Cottbus sei mir zuletzt noch gestattet: Für mich war schon überraschend mit welchem kritischem Ansatz in Bezug auf das Parteigeschehen die designierte neue Parteivorsitzende Gabi Zimmer herangeht. Da ist z.B. folgendes Zitat: „Für die PDS muß es aber tatsächlich um andere Politikangebote gehen. Nicht nur, daß wir vielleicht ein wenig besser sparen könnten, und ein bißchen solider gestalten könnten, vielleicht weniger Fehler machen, besser verwalten würden usw. Dies kann nicht der Anspruch sein.“² Ich finde es ausgesprochen gut, daß dieser Problembereich von ihr zunächst mal konsequenter angesprochen wird, als dies bisher zu vernehmen war. Natürlich sind das erst mal nur Setzungen. Das zeigt zumindest einen Teil der zentralen Konfliktlinien an. Mir scheint der Gegensatz zwischen Reformern und Orthodoxen zu erheblichen Anteilen künstlich verstärkt. Viel zentraler dürfte das teils verdeckte Konfliktpotential sein, daß zwischen parlamentarischer Betriebsamkeit als politischer Verfaßtheit liegt und einem kritisch-emanzipatorischen Politikverständnis, daß bis zu dissidentem Verhalten reicht. Der Riß zwischen diesen Prinzipien mag im konkreten Fall mitten durch den konkreten Menschen hindurch gehen. Für die Zukunft

² Disput Nr.6/2000, S.19

der PDS sollte man beachten, die Gesellschaftsmaschinerie mit ihrem hohen Grad an Sachzwängen, die sich dann auch in systemkonformes Staatshandeln niederschlagen, hat gegenüber einem selbstbestimmten Parteihandeln eine extrem ungleich größere Wirkmacht. Diese faktische Überlegenheit der Gesellschaft als Megamaschine drückt den kritisch-emanzipatorische Geist an den Rand.

Dazu kommt, gewiß ein spezielles Problem aller Parteien, der Populismus greift auch in der PDS um sich. Man sagt, was gerade gerne gehört werden will. Kürzliches Beispiel: Wenn gerade in ist, Ökosteuern sind Fehl am Platz, dann wird das verbreitet und ganz nebenbei holt man sich Applaus und Fürsprache von CDU und FDP beim Statement im Parlament. Die Palamentsrede von Gregor Gysi Anfang Juli dazu, würde ich ohne Namensnennung nicht als PDS-Rede identifiziert haben. So etwas kann ich natürlich inhaltlich nicht mittragen, so richtig manches Detail sein mag. Wie man hört, sind fast alle anderen PDS-Parlamentarier außer Eva Bulling-Schröter ähnlicher Meinung.

Bruno Kern

Rede zum Parteitag

Nicht um irgendein Thema neben Rentenreform und Ostangleichung geht es hier, sondern um die größte Herausforderung, vor der die Menschheit je stand. Die ökologische Krise ist die zeitlich drängendste, die umfassendste und größte Aufgabe. Wer sich daran nicht bewährt, hat sein politisches Existenzrecht eingebüßt.

In den nächsten zwei Jahrzehnten wird es sich entscheiden, ob die Menschheit weiterexistieren kann oder sich selbst auslöscht. Es sind leider keine apokalyptischen Phantasien, sondern es ist vielfach gut belegt: Wir befinden uns schon mitten in diesem Zerstörungsprozess. Die Hauptbetroffenen sind - vorläufig - andere: Mehr als 20.000 unmittelbare Todesopfer des Hurrikan „Mitch“ in Mittelamerika, Opfer der Dürrekatastrophe in Südostasien, die Opfer der regelmäßig wiederkehrenden Hungerkatastrophen in Afrika südlich der Sahara - dies alles führt ein Großteil der Klimatologen bereits auf die Erderwärmung zurück. Den Skeptikern sei ein unverdächtiger Zeuge genannt: Die Münchener Rückversicherung schätzt, dass sich die klimabedingten Katastrophen seit Mitte der sechziger Jahre vervielfacht haben.

Die PDS ist zur Zeit weit davon entfernt, der Dimension dieses Problems auch nur annähernd gerecht zu werden. Die tagespolitischen Prioritäten sind andere. Wie realitätstauglich ist eine Politik eigentlich, die munter weiter Autobahnanschlüsse fordert, auch wenn jedem inzwischen klar sein könnte, dass der Ausstieg aus der Auto-gesellschaft unvermeidlich ist?

Die Beschäftigung mit der ökologischen Krise ist keine beliebige Erweiterung unseres Themenkatalogs: Wenn wir selbst den Anspruch haben, die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, dann gehört es untrennbar zu unserer Identität, die Partei der Ökologie zu sein. Die dringendste soziale Frage ist heute weltweit gesehen die ökologische: Die ökologische Destabilisierung bedeutet unmittelbar, dass im Trikont den Massen der Bevölkerung die elementaren Existenzbedingungen geraubt werden. Eine Reihe von Konferenzen und Studien weist auf die sich anbahnende absolute Knappheit an Nahrungsmitteln durch ökologische Zerstörung hin. Das sehr vorsichtig gerechnete Szenario der Studie des Fraunhoferinstituts für die EU bezüglich der Auswirkungen der Klimakatastrophe kommt zur Schlussfolgerung, dass bis

2030 eine absolute (nicht verteilungsbedingte) Welthungersnot droht, die rund einer Milliarde (genauer: 900 Mio. bis 1,8 Mrd.) Menschen die Lebensbasis entzieht. Eine andere Studie kommt zum noch dramatischeren Ergebnis, dass bei Weitermachen wie bisher die Tragfähigkeit der Erde in den kommenden Jahrzehnten nur noch für 2 Milliarden Menschen reicht. Die „Verdammten dieser Erde“ sind eben nicht in erster Linie die um ihre Datschen betrogenen Ostdeutschen. Wer die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland zum zentralen Thema von Kampagnen macht und gleichzeitig praktisch nicht wahrnimmt, in welchem Ausmaß wir an der Vernichtung der Lebensgrundlagen weltweit beteiligt sind, hat politische Sehstörungen, verkürzt soziale Gerechtigkeit chauvinistisch auf die eigene Klientel und zerstört so letztlich den Sinn von sozialer Gerechtigkeit.

„Soziale Gerechtigkeit ist nur verlängert in die Zukunft und nur erdumspannend zu haben.“ So prägnant hat es die Programmkommission formuliert. Mit diesem Satz ist eine glückliche Kurzformel des Selbstverständnisses der PDS gelungen. Es käme jetzt darauf an, diesen Maßstab konsequent auf unsere Politikfelder anzulegen und jeweils zu fragen: Hält diese programmatische Aussage oder hält jene Schwerpunktsetzung in unserer praktischen Politik diesem Maßstab stand? Werden unsere Vorschläge zur Beschäftigungspolitik, zur Wirtschaftspolitik, zur Agrarpolitik ... dem Anspruch gerecht, die Lebensgrundlagen weltweit zu sichern?

Die Partei der sozialen Gerechtigkeit sollte sich auch dadurch auszeichnen, dass sie sich in die Nachhaltigkeitsdiskussion unzweideutig und konsequent einmisch. Es wäre ein wichtiger politischer Impuls, wenn sich die PDS jenen Begriff von Nachhaltigkeit zueigen machen könnte, wie er etwa in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ mit dem Konzept des Umweltraumes beschrieben wurde. Nachhaltigkeit bedeutet, die Natur nur in den Grenzen ihrer Tragfähigkeit und Regenerierbarkeit zu nutzen. Entscheidend aber ist: Jedem Menschen, dem deutschen Yuppie genauso wie der Bäuerin aus Burkina Faso, kommt pro Kopf das gleiche Nutzungsrecht zu. Dieser Begriff von Nachhaltigkeit verankert den für uns zentralen Anspruch der sozialen Gerechtigkeit bereits in der Methode. So konsequent ge-

dacht, macht er aber auch die Dimension der Aufgabe deutlich, vor der wir stehen: Menschenwürdige Bedingungen auf der Erde für alle zu sichern bedeutet dann, unseren Energie- und Ressourcenverbrauch in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor 10 (!) zu verringern. Das schwammige Gerede von Nachhaltigkeit auch in unseren Programmen verschleiert die Dimension dieser Herausforderung. Weil wir von Nachhaltigkeit so unpräzise reden, tragen wir zur Verharmlosung des Problems bei. Nur so ist es zu erklären, dass die entsprechenden Passagen aus den Thesen der Programmkommission die Gemütlichkeit einer Kaffeefahrt ausstrahlen.

In dieser Situation verantwortlich Politik zu machen bedeutet nicht zuletzt, der großen Versuchung des billigen Populismus zu widerstehen. Es wäre fatal, wenn wir aus Opportunismus und politischer Phantasielosigkeit den Menschen nicht die Wahrheit zumuten: Diese Art von Pseudo-Wohlstand auf Kosten anderer kann nicht fortgesetzt werden. Dieser Typ von Dinosaurier-Industriegesellschaft ist eben zum Aussterben verurteilt. Als DemokratInnen haben wir den Anspruch, dass die notwendige ökologische Wende nicht technokratisch-autoritär durchzusetzen ist, sondern dass sie die Köpfe und Herzen der Menschen gewinnen muss. Dann aber dürfen wir nicht den Fehler der SPD wiederholen, die im Ruhrgebiet wider besseres Wissen jahrzehntelang posaunt hat: Keine Zeche wird geschlossen. Die dabei am meisten Betroffenen waren genau diejenigen, um denen es vordergründig ging: die Bergleute.

Die Köpfe und Herzen der Menschen für den ökologischen Umbau gewinnen, ist ein zusätzliches starkes Motiv für eine konsequente Politik der sozialen Gerechtigkeit im eigenen Land. Die Akzeptanz von Lebens- und Konsummustern, die sich nicht der Zerstörung der Lebensmöglichkeiten anderer verdanken, kann nur geschaffen werden, wenn der Skandal der Kluft zwischen einem obszön zur Schau gestellten Reichtum einerseits und prekären Lebensverhältnissen von immer mehr Menschen bei uns wirkungsvoll bekämpft wird. Ökologische Politik heißt deshalb auch konsequente Politik des sozialen Umbaus bei uns, und zwar gerade weil das alte wohlfahrtsstaatliche Modell, das vom Wachstumskuchen immer genug auch für die Mehrheit abfallen ließ, ausgedient hat. Ohne den von uns angestrebten sozialen „New Deal“ greifen auch die Instrumente des ökologischen Umbaus nicht. Es ist nicht hinnehmbar, dass Ökosteuern, ohne Einbettung in eine insgesamt gerechtere Ausgestaltung des Steuersystems und ohne sonstige Korrekturen am krassen Einkommens- und Reichtumsgefälle dazu führen, dass sich die Dagoberts dieses Gesellschaft freikaufen, dass sie sich ein naturzerstörendes Verhalten weiter leisten wie ihren Porsche, während ein großer Teil der Menschen überhaupt keine Chance hat, anders zu konsumieren.

Die Wende zu ökologischer Nachhaltigkeit ist innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft letzt-

lich nicht denkbar. Kaum irgendwo zeigt sich so deutlich, dass der Kapitalismus gründlich gescheitert ist, wie an der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die er mit seinem eingebauten Wachstumszwang hauptverantwortlich ist. Der Kapitalismus funktioniert nach der Logik der Krebszelle. Das Scheitern der DDR und der anderen realsozialistischen Gesellschaften, die sich fatalerweise derselben Logik unterworfen haben, hat das Scheitern des Kapitalismus in diesem Sinn bloß vorweggenommen. Wir stehen vor der Alternative: Wenn die Menschheit überleben soll, dann kann der Kapitalismus nicht überleben. Gerade vor dem Hintergrund der ökologischen Krise wäre es fatal, wenn die PDS ihren sozialistischen, systemüberwindenden Anspruch aufgäbe. Mit einer etwas aufpolierten SPD ist uns leider gar nicht geholfen.

Eine konsequent antikapitalistische Politik zu betreiben, weil anders die großen sozialen und ökologischen Krisen nicht angemessen bearbeitet werden können, bedeutet aber auch: Wir müssen unsere Begründungen und Argumentationen kritisch daraufhin prüfen, ob sie nicht doch der herrschenden Ideologie aufsitzen. Wenn man zur Einsicht kommt, dass der kapitalistische Wachstumszwang die Wurzel der ökologischen Zerstörung ist, dass eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft nur eine wachstumsunabhängige sein kann und dass die Verringerung des Energie- und Ressourcendurchsatzes um den Faktor 10 in den Industrieländern gemessen an den jetzigen Kriterien des BSP nur ein Schrumpfen bedeuten kann - was unter kapitalistischen Vorzeichen gänzlich unmöglich ist -, dann können wir uns nicht in unseren Programmen selbst positiv auf das Wachstumskriterium beziehen, dann müssen wir Vokabeln wie „Stärkung der Massenkaufkraft“ konsequent aus unserem Wortschatz streichen und dann dürfen wir nicht länger das neoliberale Argument der „Wettbewerbsfähigkeit“ benutzen. Natürlich können wir uns konkreter Reformpolitik nicht entziehen, ohne letztlich zynisch zu werden. Gerade im ökologischen Bereich befinden wir uns in einem Wettlauf mit der Zeit, in der es gilt, alle nur zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, auch wenn wir wissen, dass sie letztlich nicht ausreichen. Gerade deshalb treten wir für ein Ökosteuermodell ein, das - im Gegensatz zu dem der Regierung - den Namen auch verdient.

Für die PDS ergibt sich aber daraus das Desiderat: Unsere konkreten Reformalternativen müssen tatsächlich über sich selbst hinausweisen; an ihnen muss ablesbar sein, dass wir diese anachronistische Form der Ökonomie überwinden wollen. Konkret heißt das zum Beispiel: Das Konzept der Mengenregulierung im Energiebereich als Alternative zur Ökosteuer wäre als genuin sozialistischer Politikansatz weiterzuentwickeln; Die ökokapitalistischen Ansätze à la E.U. von Weizsäcker (weiter so, nur etwas effizienter!), die derzeit die Meinungsführerschaft innehaben, wären in ihrer Unzulänglichkeit zu entlarven; Gegen das herrschende Dogma von der „Marktkonformität“ wä-

ren in den zentralen Bereichen ordnungspolitische Alternativen zu entwickeln; so ließe sich an solchen Reformkonzepten zeigen: Wenn man ökologische Politik sachgerecht und konsequent betreibt, dann wird dieses System bis zur Unkenntlichkeit verändert. Wer Ökologie sagt, der muss eben auch Antikapitalismus sagen.

Die ökologische Wende ist eine gewaltige Aufgabe der ganzen Gesellschaft, zumindest der fortschrittlichen Teile in ihr. Die PDS kann hier nur eine Kraft unter vielen sein, mit ihren spezifischen Möglichkeiten, aber auch Grenzen als Partei. Doch auch hier wären Fragen angebracht: Unterwerfen wir uns einfach dem herrschenden Modell von Partei innerhalb dieses parlamentaristischen Systems, oder sind wir zu mehr Phantasie fähig? Wenn wir die Diagnose ernst nehmen, dass über Parlamente die entscheidenden gesellschaftlichen Verhältnisse letztlich nicht umgeworfen werden können, dann sollten wir daraus auch für unser Selbstverständnis als Partei die Konsequenzen ziehen. Die ökologische Wende wird zwei Dinge dringend brauchen: 1. den Aufbau von Alternativen von unten, die die Keimzellen des Neuen bilden, und 2. Widerstandsformen, die uns auch vor kalkulierter Regelübertretung, zivilem Ungehorsam usw. nicht zurückscheuen lassen. Niemand kann im Ernst annehmen, dass die Hauptprofiteure der herrschenden lebenszerstörenden Ökonomie freiwillig und kampfflos das Feld räumen. Was den ersten Punkt betrifft, gibt es erfreulicherweise genug Phantasie in dieser Richtung: Ich denke an die schöne Rapsmühlenvision von Edda Seifert: eine lohnende Perspektive für das, was eine Partei sein könnte! Ich denke auch an die Förderung des Genossenschaftsgedankens und lokaler Wirtschaftskreisläufe durch (Der Beitrag konnte nur in einer Fünf-Minuten-Kurzfassung gehalten werden, da der Ökologischen Plattform ein Einführungsbeitrag von 15 Minuten verwehrt worden war.)

Dieter Klein Reformalternativen³

Zitatauszüge aus dem Kapitel zum sozial-ökologischen Umbau

- „Die PDS gilt ihren Mitgliedern und den meisten ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten als Partei sozialer Gerechtigkeit. Als Partei für die Umwelt gilt sie nicht, und sie ist es – noch – nicht. Dafür bietet sie nicht mehr als Ansätze – trotz der achtbaren Arbeit an einer konsistenten Umweltpolitik. Will die PDS in vollem Maße eine Partei und Bewegung für eine nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft werden, so steht ihr eine erhebliche Weiterentwicklung ihres Profils und Selbstverständnisses noch bevor. Dazu gehört, externer Kompetenz mehr Raum zu geben. Das erfordert entschiedene Hinwendung zu UmweltaktivistInnen und ihre Unterstützung.“ (S.109)

„Sozialökologischer Umbau hängt daher in erster Linie von geistiger Neuorientierung, vom Wandel der Verhaltensnormen in den Köpfen von Millionen Individuen ab. Ein solcher Umbau ist nicht möglich ohne tiefgreifenden Wandel der Kultur, ohne eine kulturelle Zeitenwende.“ (S.113)

„In der Bundesrepublik wie in anderen Ländern erproben Menschen Formen alternativen Lebens, z.B. in so verschiedenen Projekten wie dem Lebensgut Pommritz, der Kommune Niederkaufungen oder dem Lebensgarten Steyerberg. Die PDS will alternative Lebensorte fördern und insbesondere darauf hinwirken, deren Startbedingungen zu verbessern. Zu prüfen ist, wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor auch alternativ-ökologische Methoden des Wirtschaftens unterstützen könnte. Ökodorfprojekte vermögen viele

Genossinnen wie Judith Dellheim u.a. Was den zweiten Punkt betrifft, könnten wir bald vor den ersten Bewährungsproben stehen: Wie werden wir uns als Partei verhalten, wenn die Castoren wieder rollen? Werden unsere GenossInnen in Nordrhein-Westfalen dabei sein, wenn es gilt, das Gelände von Garzweiler II zu besetzen? Welche Unterstützung bieten wir den Leuten in den Hütendörfern an, die sich gegen neue Autobahnprojekte wehren? Wie verhalten wir uns zum Widerstand gegen die EXPO 2000? Und wo sind unsere KommunalpolitikerInnen, wenn ein genetischer Freisetzungsversuch verhindert werden soll?

Als konsequente ökologische Partei knüpfen wir an den besten Traditionen an, die wir als SozialistInnen haben. Es war eben kein geringerer als Karl Marx selbst, der Mitte des 19. Jahrhunderts, ohne das Maß an Zerstörung vor Augen zu haben, das wir kennen, einen scharfen Blick dafür hatte, dass der Akkumulationsprozess des Kapitals gleichzeitig ein beschleunigter Destruktionsprozess ist, der seine eigenen Quellen zerstört: die Erde und den Arbeiter. Ihm gebührt deshalb das Schlusswort:

„Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (MEW 25, 784).

³ Dieter Klein, Klaus Steinitz, Judith Dellheim u.a.; Reformalternativen. sozial, ökologisch, zivil; gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dietz-Verlag, 390 Seiten, erschienen 2000, 39,80 DM

Hinweise auf alternative Lebensstile und neue Formen des Zusammenlebens zu geben, die weit über ihren Herkunftsraum zu bedenken sind.“ (S.118)

„Für eine bessergestellte Mehrheit der Bevölkerung in den Industrieländern ist auf die Dauer eine absolute Verringerung des materiell-stofflichen Verbrauchs unumgebar, aufgrund des erreichten Konsumniveaus aber auf längere Sicht auch vorstellbar. Teils kann dies durch eine erhebliche Verbesserung der Langlebigkeit von Verbrauchsgütern erreicht werden, durch Miniaturisierung und Reparaturfähigkeit, durch gemeinsame Nutzung ressourcenintensiver Güter, durch Veränderung der Siedlungsstrukturen, durch Verkürzung der Transportwege u.ä. ohne Absenkung der tatsächlichen Lebensstandards erreicht werden. Teils aber erfordert dies Veränderungen in der Verteilung auf Kosten der Reichen und Vermögenden und entsprechendes „Negativwachstum“ in Branchen, die bisher direkt oder indirekt für den stofflichen Verbrauch produziert haben. Sie werden nicht wachsen, sondern schrumpfen. Insgesamt sollte dies auf lange Sicht zu einem Rückgang des stofflich-mengenmäßigen Produktionsausstoßes tendieren. (S. 125)

„Als exemplarisches Projekt für umweltbestimmte innovative Technologie-, Forschungs-, und Strukturpolitik in den nächsten Jahrzehnten mit starken beschäftigungs-, kommunal- und regionalwirtschaftlichen Effekten und Bedeutung für die Lösung von Energieproblemen in Entwicklungsländern betrachten wir alle Politik, die auf den Übergang von einer fossilistisch-atomaren Energiewirtschaft zu einer Sonnenenergie- und Energieeinsparwirtschaft und auf die Öffnung entsprechender Märkte zielt. Die PDS sollte dieses Projekt zu einem der wesentlichsten Felder eigener Politik und der Konsenssuche mit den Linken in der SPD und bei den Grünen erklären und entsprechend wirken.“ (S.130)

„Sozialökologischer Umbau ist nicht ein Reformprojekt neben anderen, sondern verschränkt mit dem Kampf um eine neuartige Vollbeschäftigung der Dreh- und Angelpunkt einer von der PDS zu erarbeitenden und in öffentlicher Kommunikation zu vertretenden Reformalternative.“ (S. 154)

Fred Engels

Probleme der Ökologie

Vertreter ökologischer Politik befehligen sich bisher in der Darstellung von Horrorszenarien wie

- Verringerung der Ozonschicht über der Erde und deren Folgen in Form von zunehmenden Hautkrebs, Erblindung von Mensch und Tier, Schädigung von Fauna und Flora allgemein,
- die Vergiftung von Boden und Gewässer einschließlich der Weltmeere durch Industrie, Landwirtschaft, Straßen-, Luft- und Seetransport mit ihren Folgen für die Gesundheit von Mensch und Tier durch die Schadstoffbelastung der Nahrungsmittel und des Trinkwassers,
- die Zunahme von CO₂ in der Atmosphäre und der daraus folgenden Klimakatastrophe mit Missernten, dem Ansteigen der Meeresspiegel u.a.m..

Hieran schließt sich eine Reihe von Forderungen an, um die bevorstehenden Katastrophen zu vermeiden, als da sind

- Ausstieg aus der Atomenergie,
- ökologischer Anbau in der Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung,
- Verringerung des CO₂ - Ausstoßes durch Übergang zur alternativen Energieerzeugung statt Verbrennungskraftwerke sowie die Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs von der Straße auf die Schiene,
- Ausstieg aus der Chlorchemie u.s.w..

All das ist wissenschaftlich belegt und dem Zustand der Natur entsprechend auch angebracht.

Betrachtet man vorgenannte Beispiele im Zusammenhang, so wird deutlich, dass die Ursachen der Umweltbeeinflussung durch den Menschen im wirtschaftlichen Bereich der Gesellschaft angesiedelt sind und somit vorrangig ein gesellschaftliches und weniger ein naturwissen-

schaftliches Problem darstellen. Dementsprechend resultieren daraus weitergehende Forderungen wie z. B. nach

- einer wirtschaftlichen „Effizienzrevolution“,
- einem gesellschaftlichen „Strukturwandel“,
- einer „nachhaltigen Entwicklung“,
- „sozialer Gerechtigkeit“,
- „Regionalkreisläufen“,
- „lokaler Ökonomie“,
- „alternativen Produktions-, Konsumtions- und Lebensweisen“,
- einer „konsistenten Umweltpolitik“.

Spätestens hier beweist sich die Konzeptionslosigkeit der ökologischen Politik. Sind schon die Forderungen nach Ausstieg aus der Atompolitik und folgende mit der derzeitigen auf der Kapitalverwertung und der daraus resultierenden Marktwirtschaft beruhenden Produktionsweise unvereinbar, so flüchtet sich die ökologische Politik bezüglich der Lösung der Probleme in eine Vielzahl undefinierter Begriffe, in eine Phrasologie. Die ökologische Politik verweilt in ihrer Betrachtungsweise der Umwelt offenbar bei den Erscheinungen und fragt nicht nach deren Ursachen.

Betrachten wir einige wesentliche Etappen der Menschheitsentwicklung.

Zu Beginn seiner Entwicklung gab es eine Zeit, in der der Mensch in seine natürliche Umwelt fest eingebunden war und jeder „Frevel“ an der Umwelt auf den Menschen unmittelbar zurückschlug, ihn zwang das Gebiet seines Aufenthalts zu verlassen oder ihn in seiner Anzahl dezimierte.

Der erste Schritt des Menschen aus der unmittelbaren Abhängigkeit von seiner Umwelt heraus war seine Spezialisierung bei der Sicherung der Existenzgrundlagen wie die zeitweilige ortsansässige Kleinfeldbestellung, die Tierhaltung, die

Jagd, der Fischfang und die damit im Zusammenhang stehende Anfertigung von Handwerkzeugen und Geräten. Diese Spezialisierung eröffnete ihm einen tieferen Einblick in die Naturgesetze - ohne, dass diese ihm als solche schon bewusst wurden - im Sinne von Erfahrungen und Fertigkeiten, mit dem Ergebnis einer rationelleren Arbeitsweise, also eines geringeren Arbeitszeitaufwandes zur Herstellung von Gebrauchswerten. Die Spezialisierung ermöglichte es somit dem Spezialisten mehr Gebrauchswerte, Produkte herzustellen als er für seinen eigenen Bedarf benötigte; der Austausch von Produkten bot sich geradezu an. Es entwickelte sich ein Bedarf und in Folge dessen die bewusste Fertigung von Produkten über den Eigenbedarf hinaus und deren Austausch.

Eine gesellschaftliche Arbeitsteilung bildete sich heraus, die über die gesellschaftlichen Entwicklungsstufen hinweg ständig neue Produktionsmittel schuf, das Geld als allgemeines Äquivalent für den Warenaustausch einführte, die Wissenschaften herausbildete, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasste und letztlich die hochindustrialisierte kapitalistische Marktwirtschaft hervorbrachte mit den eingangs angeführten Beispielen ökologischer Folgen.

Im Zuge der Entwicklung insbesondere der Industriestaaten hat die Menschheit unter Ausnutzung von Wissenschaft und Technik die Natur den Existenzbedingungen der Menschen unterworfen. Allein mit der Anlage landwirtschaftlicher Nutzflächen werden den Naturpflanzen Wachstumsstandorte entzogen und den davon abhängigen Tieren die Lebensräume vernichtet. Viehzucht setzt Weideland voraus und führt somit zu gleichen Ergebnissen. Es entstehen Landschaften aus Monokulturen mit hohen Erträgen.

Weitaus schwerwiegender sind die Städtebildung und die Industrialisierung der Landschaften. In beiden Fällen wird die Erdoberfläche durch Bauten, Anlagen und Transportwege abgedeckt. Diese Flächen gehen einmal der land- und viehwirtschaftlichen Nutzung verloren, zum anderen werden die Niederschläge wie Regen und Schnee abgeleitet. Hinzu kommt der Wasserbedarf der Städte wie der Industrie und die durch sie verursachte Schadstoffbelastung des Erdreichs. Der Wasserhaushalt des Erdreichs wie Schichten- und Grundwasser wird beeinträchtigt.

Die Wohnstätten der Menschen wie die Industrie, Verkehrswege aller Art eingeschlossen, erfordern zu ihrem Aufbau, ihrer Erhaltung und Nutzung große Mengen natürlicher Ressourcen, insbesondere Bodenschätze. Werden schon bei der Erschließung der Bodenschätze Naturlandschaften durch Entfernen der Deckschichten und die Lagerung dieses Abraumes vernichtet, so kommt nach deren Verwertung die Entsorgung des nicht wiederverwendbaren Abfalls in Form von Mülldeponien hinzu. Es verteilen sich unkontrollierbar ehemals unter der Erdoberfläche gelagerte und an andere Stoffe gebundene Stoffe, in reiner Form sowie in anderer stofflicher Verbindung als ursprünglich, im Lebensraum der Natur. Dort wir-

ken sie oftmals allein aufgrund ihrer Mengenkonzentration als Gifte.

Aber nicht nur das. Die Menschheit schafft mit ihrer industriellen Produktion Stoffe, die so in der Natur nicht vorkommen und sich auf natürliche Art in absehbarer Zeit auch nicht zersetzen, oder aber bei ihrer Zersetzung die natürlichen Lebensbedingungen, wie eingangs genannt, zerstören. Nunmehr ist zu verzeichnen, dass lebenswichtige Naturressourcen wie z. B. Trinkwasser und fruchtbares Ackerland im Verhältnis zur Weltbevölkerung knapp werden.

Die kapitalistische Marktwirtschaft hat nämlich weit mehr als vorangegangene Produktionsweisen die gesellschaftlichen Lebensgrundlagen der Menschen entwickelt. Immerhin hat sich die Lebenserwartung zumindest in den Industrieländern gegenüber früheren Jahrhunderten deutlich erhöht und die Weltbevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert ca. verdreifacht, Tendenz steigend!

Damit sind die wesentlichen Ursachen für den derzeitigen ökologischen Zustand unseres Planeten genannt. Wo liegt das Problem?

Sagen wir es so: „In den vergangenen Gesellschaftsformationen mit ihren Produktionsweisen hat die Menschheit an dem Ast auf dem sie sitzt mit dem Messer herumgeschnitzt, nicht ohne entsprechende Spuren zu hinterlassen; mit der kapitalistischen Produktionsweise ist die Menschheit im Besitz der Kettensäge und erfreut sich an der 'steigenden Arbeitsproduktivität'.“

Mit anderen Worten, ein „Weiter so“ führt die Menschheit in die ökologische Katastrophe. Und die genannten Ursachen lassen sich nicht beseitigen. Denn ein „Zurück“ zu vergangenen Produktionsweisen, um sich auf diese Art wieder in die Natur einzubinden, (Jede dieser Produktionsweisen hat ihren Beitrag zur Entfremdung des Menschen von der Natur geleistet.) ist aufgrund der Masse der Menschen einerseits und dem ökologischen Zustand unseres Planeten andererseits nicht mehr möglich.

Die Menschheit ist an die industrielle Produktion gebunden, wenn sie an sich selbst keinen Massenmord vollziehen will.

Nicht die wissenschaftlich - technischen Errungenschaften sind das Problem, sondern wie, wofür und in welchem Umfang sie genutzt werden.

Es ist somit bei Beibehaltung der industriellen Produktion eine Produktionsweise zu entwickeln, die den derzeitigen ökologischen Gegebenheiten Rechnung trägt, d. h., eine ökologische Katastrophe abwendet.

Diese Produktionsweise muss folglich in allen ihren Teilen, der Produktion, der Distribution, der Konsumtion und damit der Reproduktion den Erfordernissen der Natur, also den Naturgesetzen folgen.

Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass die noch weit verbreitete Auffassung „die weitere Entwicklung der Menschheit ist nach vorne hin völlig offen und nicht vorherbestimmbar“ an den Möglichkeiten der ökologischen Situation vorbeigeht.

Die durch die Menschheit eingeleitete ökologische Entwicklung erfordert, die gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr den Zufälligkeiten einer „gesteigerten“ Arbeitsproduktivität im herkömmlichen Sinne zu überlassen, sondern sie im Interesse des Erhalts der natürlichen Lebensvoraussetzungen auf wissenschaftlich - technischer Grundlage bewusst zu gestalten. Nur insofern der Menschheit das gelingt, ist die gesellschaftliche Entwicklung noch offen.

Die ökologische Katastrophe hingegen ist bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise als gesichert anzusehen.

Eine umweltschonende und -schützende Produktionsweise wird zugleich eine soziale Produktionsweise sein müssen. Der Mensch ist schließlich selbst Umwelt des Menschen. Soziale Konflikte münden bekanntlich in Kriege. Und wie z. B. die Atombombenabwürfe der USA auf Japan, der Vietnamkrieg, der Golfkrieg und der Jugoslawienkrieg bewiesen haben, sind ökologische Katastrophen fester Bestandteil von Kriegen.

Ökologische Politik bedarf aufgrund ihrer Naturabhängigkeit einer wissenschaftlich begründeten Theorie. Sie erfordert zu ihrer praktischen Durchsetzung als sozialen Träger die Mehrheit der Menschen eines jeden Volkes. Was Menschen jedoch tun können, das muss ersteinmal durch ihre Köpfe bevor sie es auch tun wollen. Ökologische Politik kann somit nicht vorrangig im „Abschaffen“

Bärbel Dorn

Utopien, die PDS und die tarantel

Es gibt in unserer Zeit keine Utopien mehr. Wir orientieren uns an dem Machbaren, dem Notwendigen, dem Konkreten. Wir leben in „Sachzwängen“.

Wann ist es geschehen, dass die Aussage „ein Utopist zu sein“ mit etwas Anrüchigem, Nicht-Solidem in Verbindung gebracht wurde, so dass heute Menschen, die sich mit Utopien beschäftigen, oft vorschnell als „Spinner“ abqualifiziert werden können?

Es scheint mir, dass mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus, der ja nur ein Zerrbild der Marxschen Utopien war, auch alle utopischen Gesellschaftsvisionen und der Sinn von Utopien überhaupt in den Strudel des Vergessens und Vernichtens geraten sind. Andererseits sind die gesellschaftlichen Widersprüche, das Zusteuern auf eine ökologische und soziale Katastrophe der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft so offensichtlich, dass ich mir einfach nicht vorstellen kann, dass Menschen keine Visionen entwickeln, die „von den Möglichkeiten ausbeutungs-, unterdrückungs- und diskriminierungsfreier gesellschaftlicher Beziehungen ausgehen, von ganzheitlicher Lebensweise auf der Grundlage gattungserhaltener wirtschaftlicher und sozialer Prinzipien, von der ethisch-moralischen Verpflichtung des Menschen zum erhalten allen Lebens auf der Erde“.

Es ergibt sich die Frage, welchen Stellenwert utopi-

von Vorhandenem bestehen sondern vorwiegend in der Entwicklung der Alternativen einschließlich der hierfür notwendigen gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Im Zuge der Entwicklung der neuen Produktionsweise wären dann u. a. auch die eingangs genannten Begriffe, insofern sie Bestand haben, zu definieren.

Was ist z. B.

- Effizienzrevolution
 - ⟨ welche Effizienz ist das,
 - ⟨ wie bildet sie sich heraus,
 - ⟨ wie wird sie gemessen,
 - ⟨ worin besteht die Revolution?
- alternative Produktions-, Konsumtions- und Lebensweisen
 - ⟨ Worin besteht in den genannten drei Fällen die Alternative,
 - ⟨ wie muss die Produktionsweise gestaltet sein, damit sie funktioniert,
 - ⟨ welchem Wertgesetz folgt sie,
 - ⟨ welcher gesellschaftlichen Voraussetzungen bedarf sie,
 - ⟨ wie gewährleistet sie einerseits die Versorgung der Menschen und andererseits den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen?

Eine einheitliche Begriffswelt ist schließlich eine unabdingbare Voraussetzung für die Verständigung zu einem Sach- oder Fachgebiet.

pische Gesellschaftsentwürfe in einer Partei wie der PDS spielen und spielen sollten.

Wenn ich die Diskussionen in der PDS zum Parteiprogramm, zu Fragen der Ökologie, des Feminismus und der internationalen Beziehungen verfolge, erlebe ich auch bei der PDS ein Denken in „Sachzwängen“, eine Betonung der machbaren Politik, der gegenwärtigen Bedürfnisse und Befindlichkeiten. Es ist mir durchaus bewusst, dass dies wesentliche Betätigungsfelder einer Partei sein müssen, die nicht über kurz oder lang in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will. Nur wünsche ich mir auch, dass eine Partei, die sich der sozialistischen Idee verbunden fühlt, in gleicher Weise über den Tellerrand des Kapitalismus hinausdenkt – und sich damit utopischen Fragestellungen widmet.

Es wäre gut, wenn die Frage „Wozu brauchen wir Utopien?“ in Rahmen der Programmdebatte mit erörtert wird und sozialistische Utopisten in der PDS ein Wirkungsfeld finden können.

Sozialistische Utopie heißt für mich dabei das Aufnehmen allen humanistischen utopischen Gedankengutes vergangener Zeiten, als dessen Vertreter ich stellvertretend nur nennen möchte: Jesus, Buddha, Meister Eckart, Karl Marx, Edward Bellamy, Albert Schweitzer, Bertrand Russell, Erich Fromm,... Nicht nach den Irrtümern der Altvorderen zu suchen, nicht bei ihrem Denken stehen zubleiben, dafür aber ihre Erkenntnisse an un-

seren Erfahrungen zu messen, kann zu einer sozialistischen Utopie führen, die die gesellschaftliche Rolle übernehmen kann, die Hanna Behrend einer solchen zudenkt: „Utopische Gesellschaftsentwürfe sind Gedankenbilder, die - wie andere kulturelle Momente einfließen in die Motivationsstrukturen von Individuen und Gruppen und die deren aktuelles Handeln in gewissen Zusammenhängen beeinflussen können.“

In ganz besonderen Maße treffen die bisherigen Überlegungen auch auf das Verhältnis der PDS zu ökologischen Fragen zu. Es macht keinen Sinn, dass sich Ökologen darüber die Köpfe heiß reden, was denn wichtiger sei: die nächsten zwingend notwendigen Schritte in der Energiepolitik oder die ökologische Zeitenwende. Wir brauchen beides! Das muss sich in den Aktivitäten der ökologischen Plattform und auch in der Tarantel wi-

derspiegeln. Ich wünsche mir in der Tarantel Berichte über Aktivitäten und Aktionen zum gesamten ökologischen Spektrum, wünsche mir Anregungen, wie sich jede/r einzelne noch mehr einbringen kann, wünsche mir eine sachliche Analyse brisanter ökologischer Themen, und gleichzeitig wünsche ich mir in der Tarantel ein Forum zu den Fragen: „Wie kann eine künftige Gesellschaft aussehen?“, „Welche individuellen Entwicklungen sind für die Abwendung der ökologischen Katastrophe erforderlich?“, „Wie werden sich die individuellen und sozialen Beziehungen zukünftig gestalten?“...

- Die Ausgewogenheit aller genannten Aspekte in der Tarantel zu sichern, liegt in unser aller Verantwortung. Es scheint mir sehr wichtig, dass sich der Kreis der Autoren vergrößert und sich jeder mit seinen persönlichen Sichten einbringt.

Sabine Kunze

Im Widerspruch zwischen Theorie und Praxis

Bericht vom Landestreffen der ökologischen Plattform bei der PDS Sachsen

Es ist Freitag, der 24. März, 15.30 Uhr, Arbeitsschluss: wie komme ich nun bis 18.00 Uhr ins 150 km entfernte Auterwitz zum Landestreffen von ADELE, der ökologischen Plattform bei der PDS Sachsen? Bus. Bahn – alles Fehlanzeige! Also alternativlos und umweltschädigend ins Auto und los geht's. So viel zum Widerspruch zwischen ökologisch denken und unökologisch handeln.

Nach gut zwei Stunden biege ich nach Feierabendverkehr, Baustellen und Stau endlich von der Autobahn ab und eine schmale, kurvenreiche Straße führt mich hügelan und –ab an mein Ziel: das Umweltzentrum Ökohof Auterwitz. Es ist in einem großen, sanierten 4-Seithof untergebracht. Auch einige ADELE-Aktive haben bei den umfangreichen Reparaturarbeiten mit Hand angelegt.

Den Freitagabend verbrachten wir in der Spinnstube und es wurde so mancher Schafwoll- und auch Gedankenfaden gesponnen.

Am Sonnabend ging es dann ernsthaft an die Diskussion der Öko-Anträge zum Bundesparteitag in Münster. Bereits ihre Entstehung: hier der Parteivorstand und die umweltpolitischen SprecherInnen, dort M. Ferst und der SprecherInnenrat der ökologischen Plattform sorgte für Unverständnis. Doch diese Situation spiegelt anschaulich das nicht ganz spannungsfreie Verhältnis der genannten Gremien wider und erklärt so manches Missverständnis. Da die Papiere aber in erster Linie zur Diskussion empfohlen sind, kann aus der Not auch eine Tugend werden: aus verschiedenen Perspektiven wird auf den ökologischen Zustand und Anspruch der PDS geschaut und das regt zum Nachdenken an. Wir als ADELE werden künftig stärker mit unseren Ansichten und Erfahrungen in die innerparteiliche Auseinandersetzung, z.B. in die laufende Programmdebatte, eingreifen, damit die Ökologische Plattform nicht immer mit den Berlinern oder gar nur mit M. Ferst identifiziert wird. Wir sind in Sachsen ca. 60 MitstreiterInnen, davon viele auf kommunaler Ebene aktiv tätig und somit ‚praxisgetestet‘. Die auf dem letzten Landesparteitag der Basis zur Diskussion empfohlenen ADELE-Positionen zum sozial-ökologischen Umbau in Sachsen sollten dabei unsere Richtschnur sein. Es ist allerdings nicht zu übersehen, dass auch innerhalb der PDS für den notwendigen ökologischen Wandel noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist.

Hier waren wir gleich beim nächsten Thema: Unterschriften für den Volksantrag zur Begrenzung der Müllgebühren, der von den Bürgerinitiativen Lauta und Wittgensdorf initiiert wurde. Leider ist das Ergebnis bisher unbefriedigend und es muss noch mal richtig geackert werden, um die 40.000 Unterschriften bis Ende Mai zu erreichen. Der diesbezügliche Beschluss des Landesparteitages ist offensichtlich nicht auf fruchtbaren Boden gefallen, aber die Veranstaltungen zum 1. Mai wären eine gute Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen.

Nach dieser sehr theoretischen Runde machten wir uns am Nachmittag an die praktische Arbeit: das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern. Die negativen Auswirkungen großer Schläge, der Beseitigung von Feldgehölzen und Verrohrung von Gräben machen sich gerade in der hügeligen Gegen der Lommatscher Pflege besonders bemerkbar: Der letzte Starkniederschlag hatte tiefe Erosionsrinnen gegraben und den fruchtbaren Ackerboden bis vor die Wohnhäuser gespült. In unseren ADELE-Positionen wird auf dieses Problem eingegangen und wir wollten nun auch praktisch etwas zur Abhilfe beitragen.

Nach dem Kaffee waren wir wieder gut gerüstet für den nächsten Teil: Es ging um die ökologische Bundesplattform allgemein und unser Verhältnis zu ihr. Michael Lauter hatte am Bundestreffen in Leipzig teilgenommen und berichtete von den Kontroversen beim Erarbeiten der Antragsvorlagen. Das Ergebnis wurde ja schon oben beschrieben. Wir diskutierten über die vorhandenen Defizite in der Arbeit der Plattform sowie

ihrer Wahrnehmung in der PDS. Folgende Schlussfolgerungen wurden gezogen:

1. Das Bestehen einer Bundesplattform ist erforderlich, aber es muss eine effektive Struktur geben, die sich aus Inhalten ableitet und es müssen die Kompetenzen geklärt werden.
2. Als Vertreter von ADELE wurde Reinhard Natke in den SprecherInnenrat gewählt.
3. Um den Einfluss von ADELE auch auf Landesebene zu stärken, wird uns Andreas Naumann im Landesparteirat vertreten.
4. Damit ADELE sowohl auf der Landes- als auch auf Bundesebene in der PDS künftig stärker wahrgenommen wird, werden wir unsere ‚Medienpräsenz‘ erhöhen: Beiträge in der OPP!, den Regionalzeitungen, der ‚Tarantel‘ werden von unserer Arbeit und unseren Ansichten berichten. Auch die elektronischen Medien werden wir dabei nicht vernachlässigen.

Dann gab es noch eine Information vom Treffen unserer SprecherInnen mit der Landes-AG LISA im Februar. Die getroffenen Festlegungen wurden befürwortet, besonders das geplante gemeinsame Landestreffen im Frühjahr 2001.

Als Reaktion auf den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG und die gleichzeitige Ankündigung, uneffektive Strecken auszugliedern, was eine schleichende Stilllegung befürchten lässt, wurde ein offener Brief an den Bahnvorstand H. Mehdorn und die Sächsische Staatsregierung verfasst. Darin bringen wir aus sozialer und ökologischer Sicht unsere Besorgnis zum Ausdruck, dass wieder einmal Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden sollen. Anstelle von Streichungen ist die Flächenbahn als attraktives, umweltfreundliches und angebotsorientiertes Verkehrsmittel zu erhalten und auszubauen! Mensch darf gespannt sein, welche Reaktionen darauf kommen werden.

Der Sonntagvormittag war einem Auerwitz-Rundgang vorbehalten. Dabei besichtigten wir die anderen Höfe des Vereins, in denen Wohnungen, Ställe und auch das mit viel Liebe hergerichtete agrar-historische Museum untergebracht sind. Holzhackschnitzelheizung, Regenwassernutzung und Pflanzenkläranlage komplettieren die traditionell in Fachwerk- und Lehmbauweise sanierten Häuser. Anke Vogel, die einen anerkannten Öko-Hof bewirtschaftet, zeigte uns ihre nicht alltägliche Viehwirtschaft: Auerochsen, leine-Schafe und Wollschweine dürften in anderen Betrieben kaum noch anzutreffen sein. Sie werden hier gezüchtet, um diese alten Rassen zu erhalten. Zum Schluss warfen wir noch einen Blick in die Lehmbauscheune, wo Hans-Jürgen Sickert einen Handel mit ökologischen Baustoffen betreibt und auch solche Bauleistungen selbst ausführt.

Auerwitz ist also der Beweis dafür, dass es doch möglich ist, umweltverträglich zu leben. Allerdings gehört dazu eine gehörige Portion Idealismus, Optimismus und Beharrlichkeit, immer nach dem Motto: nichts ist unmöglich!

Unser nächste Landestreffen ist auch schon geplant: es findet vom 13. – 15. Oktober 2000 im Naturschutzzentrum Schloss Nieder-Spree an der polnischen Grenze statt. Alle Interessierten, mit oder ohne Kind und Kegel, sind wieder herzlich dazu eingeladen.

Otto Ullrich

Westliche Technologie und „Dritte Welt“

Dieser Beitrag war die Grundlage für einen Vortrag in der Arbeitsgruppe Nord-Süd auf der Ökologischen Konferenz der PDS. Der Autor hat ihn für uns nachbearbeitet. Leider fand er keinen Eingang in die nachträgliche Konferenzdokumentation, die von Uwe Witt, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, besorgt wurde. Gleiches gilt für den kurzen Beitrag von Reimar Gilsenbach, der in tarantel Nr.10 bereits abgedruckt wurde.

Als historisches Datum der offiziellen Verkündung für das Ende des kolonialen Zeitalters kann die berühmte Regierungserklärung von Harry S. Truman vom 20.1.1949 angesehen werden. Ein ökonomischer Wachstums- und Wohlfahrtsplan für die ganze Welt wird verkündet, in dem die „unterentwickelten Gebiete“ ausdrücklich eingeschlossen werden.

„We must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas... The old imperialism - exploitation for foreign profit - has no place in our plans. ... Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge.“⁴

⁴ H.Truman: Inaugural Address, Washington D.C., 20 January 1949

Größerer Wohlstand verlangt gesteigerte Produktion, und mehr Produktion braucht wissenschaftliche Technik, diese Botschaft ist seither unzählige Male von den politischen Eliten der westlichen und östlichen Führungskräfte verkündet worden. Mit großer Emphase forderte etwa John F. Kennedy am 14.3.1961 den Kongress auf, sich seiner historischen Aufgabe bewusst zu sein und Finanzmittel für die „Allianz für den Fortschritt“ bereitzustellen: „Throughout Latin America millions of people are struggling to free themselves from the bonds of poverty and hunger and ignorance. To the North and East they see the abundance which modern science can bring. They know the tools of progress are within their reach.“⁵ Im Selbstverständnis der Entwicklungsepoche nahmen Wissenschaft und Technik die führende Rolle schlechthin ein; sie wurden als der Grund für die

⁵ J.F. Kennedy: Special Message to the Congress, Washington D.C., 14 March 1961

Überlegenheit des Nordens und als die Garantie für das Entwicklungsversprechen betrachtet. Als der „Schlüssel zum Wohlstand“ sollten sie das Reich des materiellen Überflusses öffnen und die „Werkzeuge des Fortschritts“ die Länder der Welt aufwärts zur Sonne der Zukunft führen. Kein Wunder, dass für Jahrzehnte zahlreiche Konferenzen landauf und landab, auch und gerade im Umkreis der Vereinten Nationen, mit fast religiöser Hoffnung nach den „mighty forces of science and technology“ Ausschau hielten.

Eine solche Botschaft weltweiter Assistenz schien endlich die Blutspuren des Kolonialismus hinter sich zu lassen. Waren nicht aus den ehemaligen Eroberern großzügige Helfer geworden, welche die Instrumente ihres Reichtums mit den Ärmern teilen wollten? Vorbei schienen die Zeiten, wo die Weißen auszogen, um die Heiden auf den Weg des Heils, die Wilden auf den der Zivilisation oder die Eingeborenen auf den der Arbeitsdisziplin zu zwingen. Keine Unterordnung mehr, sondern „Partner des Fortschritts“ schienen unter dem Banner der Entwicklung zusammenzuarbeiten, um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt für einen globalen Aufschwung in die Prosperität zu nutzen. Und die Hoffnungen auf die zukünftigen Segnungen des Fortschritts wurden von fast allen, die sich hierzu in der Dritten Welt äußern konnten, geteilt. Trotz einiger kritischer Stimmen, von denen Mahatma Gandhis beispielsweise eine der gewichtigsten war, hat sich der Glaube an den Wohlstandsschaffenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt wie eine neue Weltreligion über den ganzen Globus verbreitet. Trotz einiger Rückschläge und Irritierungen hat er sich heute sogar in den meisten Köpfen so verfestigt, dass eine Kritik daran immer noch eher als unbelehrbare

Die „Leistungen“ moderner Techniken in den Industrieländern

Kurz nach dem ersten Weltkrieg hat der Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell in seinem Buch „Die Kultur des Industrialismus und ihre Zukunft“ eine Standortbestimmung für die Industriekultur versucht. Im Zentrum seiner Überlegungen standen die Wirkungen von Wissenschaft und Technik. Er kam dabei zu folgendem Resultat: Die Anwendung der Wissenschaft sei bisher „im großen und ganzen unermesslich schädlich“ gewesen und das würde erst dann aufhören, so zu sein, „wenn die Menschen eine weniger energiebetonte Anschauung vom Leben haben werden“.⁶

Russell schreibt 1923: „Die Wissenschaft wurde bisher zu drei verschiedenen Zwecken angewandt: um die Gesamtproduktion von Bedarfsartikeln zu steigern; um die zerstörende Wirkung des Krieges zu erhöhen; und um Vergnügungen, die einen künstlerischen oder hygienischen Wert hatten, durch triviale zu ersetzen. Auf die Steigerung der Gesamtproduktion, die vor hundert Jahren eine gewisse Bedeutung hatte, kommt es jetzt viel weniger an als auf mehr Muße und eine

⁶ Bertrand Russell: Die Kultur des Industrialismus und ihre Zukunft, München/Berlin 1928, S. 212

Ketzerei angesehen wird denn als warnende Stimme vor einem falschen Weg.

Es ergeben sich nun eine Reihe von Fragen. Ist mit der neuen Orientierung, die „anderen“ Kulturen zu „Entwicklungsländern“ zu erklären und ihnen beim Aufbau von Produktivkräften zu helfen, wirklich das Ende des Kolonialismus eingeleitet worden? Oder muss dies als neue, weniger erkennbare und darum um so wirkungsvollere Stufe des „westlichen“ Imperialismus angesehen werden? Wenn das so ist, wie ist dann zu erklären, dass die „Entwicklungsländer“ so bereitwillig die imperiale Botschaft vom Segen durch Wissenschaft und Technik aufnehmen? Worin begründet sich die weltweite Faszination für die westliche Technologie? Erfüllen sich für die „Entwicklungsländer“ wenigstens die Versprechungen, durch den Import von modernen Technologien materiellen „Wohlstand“ zu erlangen, oder holen sie sich dadurch nur Kultur- und Naturzerstörung und eine modernisierte Armut ins Land? Ist überhaupt die Grundannahme für die Industrieländer selbst zutreffend, dass der materielle Überfluss in den Metropolen im wesentlichen geschaffen wurde durch die moderne verwissenschaftlichte Technik, oder speist er sich aus ganz anderen Quellen? Wenn der Glaube an die Heilwirkung des technischen Fortschritts bereits für die Industrieländer ein Mythos ist, wäre er wohl kaum tragfähig als Basis für ein „Entwicklungskonzept“ in anderen Kulturen. Bevor man über Auswirkungen westlicher Technologien in der „Dritten Welt“ spricht, sollte man also zunächst versuchen, eine möglichst realistische Einschätzung über die „Leistungen“ moderner verwissenschaftlichter Techniken in den Industrieländern selbst zu gewinnen.

kluge Regelung der Produktion.“⁷

Russell war ein weitgereister und scharfsinniger Beobachter seiner Zeit, und man wird davon ausgehen können, dass die zitierte Feststellung aus der Sicht eines informierten und vernünftigen Menschenfreunds bereits damals zutreffend war. Liest man diese Zeilen heute, muss man zunächst feststellen, dass den Menschen in den Industrieländern alle Maßstäbe verlorengegangen sind. Die von Russell beklagte unermesslich schädliche Wirkung der Wissenschaft in den drei Bereichen „Steigerung der Gesamtproduktion von Bedarfsartikeln“, „Erhöhung der Zerstörungswirkung der Kriegsmaschine“ sowie der „Mechanisierung und Trivialisierung der Kulturtätigkeiten“ wurde aus heutiger Sicht ja erst nach dem zweiten Weltkrieg geradezu explosionsartig vorangetrieben.

Die herausragendste Leistung der verwissenschaftlichten Technik ist die „Destruktivkraftsteigerung“ der Kriegsmaschine. Hier sind die Erfolge gigantisch. Das Leben auf der Erde kann mehrfach ausgelöscht werden, und dennoch konzentriert sich weltweit immer noch der Hauptteil

⁷ Russell wie oben

der wissenschaftlichen Anstrengungen (in Geld und Personen) auf die Steigerung der Tötungsproduktivität der Kriegsmaschine. Das ist kein Zufall, und die Wissenschaftler werden dazu auch nicht gezwungen, denn die Perfektionierung dieser „Gegenstände“ erweckt aus einer inneren Logik heraus für ein normales naturwissenschaftlich geschultes Gehirn das größte Interesse.

Eine Rakete, die „rücksichtslos“, also ohne Irritationen im durchflogenen Raum, punktgenau steuerbar ist in ein vorher berechnetes Ziel und dort kosmische Kräfte freisetzt, solch ein mächtiges Techniksystem gehört ganz oben auf die Liste derjenigen Produkte, die der Logik der mathematisch-experimentellen Naturwissenschaft als realisiertes Resultat idealtypisch entsprechen. Darum konzentrieren sich nicht zufällig zum Beispiel in einer cruise missile wie in einer Nusschale fast alle gegenwärtigen „Spitzenleistungen“ des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts: der Computertechnik, der Funk-, Radar- und Fernsichttechnik, der Raketenantriebs- und Nukleartechnik,

Der Schleichweg ins Paradies

Auch die verwissenschaftlichten „Produktivkräfte“ zur Erzeugung immer größerer Berge von „Bedarfsartikeln“ haben seit Russells Feststellung in den Industrieländern gigantische Ausmaße angenommen. Immer stärker fokussierten sich fast alle Tätigkeiten der Industriemenschen auf die Herstellung, die Vermarktung, den Gebrauch und das Wegwerfen von Bedarfsartikeln aller Art. Die Industriegesellschaft folgte damit ihrem zentralen Mythos über den Sinn des Lebens. Denn die neuzeitliche europäische Gesellschaft war vor allem von einem Gedanken besessen: Durch die Herstellung materieller Güter sollten die unfehlbaren Bedingungen für ein „gutes Leben“ geschaffen werden; durch Arbeit, Wissenschaft und Technik sollte ein „Schleichweg ins Paradies“ gebahnt werden, wie Francis Bacon, einer der theoretischen Begründer der Neuen Zeit vor rund dreihundert Jahren programmatisch formulierte.

Der zentrale Mythos der europäischen Neuzeit ist ein weltlich gewendeter Heilsplan, der von der Annahme ausgeht, dass durch unablässigen Fleiß, durch ständiges Fortschreiten in der Produktion materieller Güter, durch lückenlose Beherrschung der Natur, durch den Umbau der Welt in berechenbare, technisch-organisatorisch manipulierbare Abläufe gleichsam automatisch die Bedingungen hergestellt würden für Glück, Emanzipation und Erlösung von allen Übeln.

Diese Annahme hat „das Selbstverständnis der Moderne verhext“ (Jürgen Habermas), und sie sei heute als „die große Illusion der Epoche“ erkennbar. Die verwissenschaftlichte Technik war ein Traum vom Glück ohne Opfer. Technik erfüllt diesen Traum, „indem sie die Opfer verdrängt und das Glück entleert“. (Günther Ortman) Durch die Entfaltung der verwissenschaftlichten Produktivkräfte sollte eine „Höherentwicklung“ der Menschheit erfolgen. Den Entwicklungsgedanken wendeten die entstehenden Industrieländer zunächst

der Metallurgie, der Aerodynamik, der Logistik und Informationstechnik usw.

Viele Länder in der „Dritten Welt“ lernen vor allem diese Errungenschaften der westlichen Technik kennen. Durch Stützpunkte der Großmächte, durch eigene Militärregime oder eigene Großmannssucht werden große Teile der kargen Mittel aufgezehrt durch den Import von Kriegstechniken bis hin zu modernstem Fluggerät und Nuklearsystemen. Oder es kommen über „Militärentwicklungshilfen“ reichlich Kriegsgeräte ins „unterentwickelte“ Land. Ich vermute, und man müsste das einmal gründlicher untersuchen, dass bis jetzt der größte Brocken der „westlichen“ Technikhilfe in der „Dritten Welt“ aus diesen Destruktivkräften besteht. Die Wirkung dieser hochmodernen Technik in diesen Ländern lässt sich eindeutig beschreiben: sie vergrößert den Hunger und das Elend, sie behindert eine eigenständige Entfaltung und schützt korrupte Regime vor einer Revolution durch das Volk.

also auf sich selbst an. Man kann darum auch von einer inneren Kolonisierung der europäischen Kulturen durch den Industrialismus sprechen.

Der Stand der Erkenntnis von kritischeren Menschen unserer Zeit ist, dass auch die „westlichen“ Völker sich von dieser inneren Kolonisierung wieder befreien müssten, denn die zentrale Arbeitshypothese des Industrialismus, durch unablässige Produktivkraftentfaltung die Bedingungen für ein „gutes Leben“ zu schaffen, hat sich als falsch erwiesen. So ist der Versuch, das Spektrum menschlicher Bedürfnisse durch den Erwerb und Konsum von Waren zu befriedigen, gescheitert. Für Menschen wichtige Lebensbedingungen wie Zuneigung durch andere Menschen oder soziale Wertschätzung lassen sich nur sehr unzulänglich bis gar nicht durch materiellen Konsum ersetzen. Besonders Kinder und ältere Menschen, Kranke und Behinderte bekommen durch die Geschäftigkeit der Industriegesellschaft eine soziale Kälte zu spüren. Die offene, grenzenlose Produktionsdynamik des Industrialismus ist strukturell so angelegt, dass materielle Bedürfnisse schneller produziert werden als die Bedingungen zu ihrer Befriedigung. Es entstehen so permanent frustrierte Menschen in einer endlosen Bedürfnisspirale. Da die Subsistenzbedingungen im Industriesystem aufgelöst worden sind in den dauernden Zwang, die eigene Arbeitskraft in Konkurrenz zu anderen Arbeitskraftanbietern verkaufen zu müssen, entsteht ein rastloses Wettrennen aller gegen alle. Zusammen mit der endlosen Bedürfnisspirale wird der homo industriae in eine sich beschleunigende Zeithetze eingespannt, die keinen Raum lässt, dass seine Gefühle, seine Seele und seine Gedanken sein geschäftiges Treiben einholen können. Schließlich findet dieser vergebliche Versuch, durch materielle Produktivkraftentfaltung die Bedingungen für ein „gutes Leben“ herstellen zu wollen, auf einem sehr hohen, sich ständig

steigernden Niveau von Material-, Energie- und Datenströmen statt, die den Planeten ausplündern und zerstören. Aus diesen und noch weiteren Gründen gibt es seit einiger Zeit in den Industrieländern die Suche nach neuen Orientierungen für ein „gutes Leben“ jenseits von Produktivismus und Konsumismus.

Soweit einige Stichworte zur Kritik des industriellen Produktionsmythos, die hier nicht weiter ent-

Technik als Quelle des industriellen Reichtums?

Marx und Engels, die ebenfalls vom Gedanken der Erlösung durch Produktivkraftentfaltung „verhext“ waren, kommen 1848 im Kommunistischen Manifest geradezu ins Schwärmen über ihren Klassenfeind: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegrafen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“

Für diese gewaltige und gewalttätige Umformung von Gesellschaft und Natur musste eine wohl bekannte, aber bis dahin kaum genutzte, weil stinkende und qualmende Energiequelle ausgebeutet werden: die Steinkohle. Zwar begann der industrielle Kapitalismus auf der Energiebasis Holz, aber ohne die Möglichkeit der Nutzung einer hochkonzentrierten und in großen Mengen verfügbaren Energiequelle wie der Steinkohle wäre die von Marx und Engels bewunderte Produktionslawine der Großen Industrie des neunzehnten Jahrhunderts nicht in Schwung gekommen. Ohne die fossilen Energien wären trotz aller Produktionsmythen auch die europäischen Gesellschaften „hölzern“ geblieben. Zumindest hätte ihr Produktionswahn nicht so gewalttätig und imperial werden können. Die Expansionsdynamik des industriellen Kapitalismus wäre auf eine natürliche Grenze gestoßen.

Mit den fossilen Brennstoffen jedoch und dem industriellen Produktionsmythos begann eine „Wirtschaftsweise“, die von nun an für das Industriesystem charakteristisch wird: Man wirtschaftet nicht mehr mit „nachwachsenden Rohstoffen“ und dem ständigen Energieeinkommen von der Sonne, sondern man verbraucht die nicht selbst geschaffenen Vorräte der Erde und ignoriert die Folgen. Bereits zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurde in England so viel Steinkohle verbrannt, dass die Fläche von ganz England und Wales bewaldet gewesen sein müsste, wenn der Energieverbrauch durch nachwachsendes Holz hätte gedeckt werden sollen.

Gegenwärtig werden auf der Erde pro Jahr so viele fossile Energieträger verbrannt, wie in einem Zeitraum von fast einer Million Jahren gespei-

faltet werden sollen, ohne die aber ein Verständnis der modernen Technologie nicht zu gewinnen ist. Ich will nun einige Eigenschaften der industriellen Technik etwas näher beleuchten und zunächst der Frage nachgehen, was es mit ihrer bewundernden hohen Produktivität auf sich hat, die ja ein Grund für die große Attraktivität in der „Dritten Welt“ ist.

chert worden ist. Den Löwenanteil hiervon, etwa 80 %, verprassen die Industrieländer, in denen nur rund 25% der Weltbevölkerung lebt. Noch deutlicher zeigt sich die Ressourcenfresssucht von überentwickelten Industrieländern am Beispiel USA: Weniger als 6 % der Weltbevölkerung verbrauchen hier rund 40 % der Erdschätze der Welt. Wollte man dieses Vorbild einer industriellen Produktions- und Lebensweise auf alle Menschen der Erde übertragen, benötigte man fünf bis sechs weitere Planeten wie die Erde zum Ausplündern und als Müllplatz. Der Historiker Siefertle schreibt hierzu: „Gegenüber der immerhin zehntausendjährigen Dauer des Agrarsystems erscheint das Industriesystem jedoch als einmaliger kurzer Rausch, in dem ein in vielen Jahrmillionen angesammelter Schatz in ein paar Jahrhunderten verprasst wird. Dies gilt für die fossilen Energieträger, aber auch für die konzentrierten Mineralvorkommen, die mit ihrer Hilfe ausgebeutet und diffundiert werden. Es spricht vieles dafür, dass auf diesen Rausch ein schlimmer Katzenjammer folgen wird.“⁸

Durch das Verprassen der fossilen Energievorräte wird das Leben auf der Erde in mehrfacher Weise extrem bedroht: Die freigesetzten „Luftschadstoffe“ schädigen die Pflanzen und zerstören das ausbalancierte Gleichgewicht der schützenden Erdatmosphäre. Die „energiebetonte Anschauung vom Leben“ (Russell) kann erst mit Hilfe der fossilen Energien alles zu „Rohstoffen“ erklären und in „Bedarfsartikel“ umformen. Dadurch verwandeln sich in immer rasenderem Tempo die Schätze der Erde in zumeist giftigen Müll. Besonders die Produktionswut der petrochemischen Industrie, die all die scheinbar unverzichtbaren Gegenstände unserer Plastikwelt hervorbringt, erzeugt riesige Mengen unverrottbarer Schadstoffe in Form synthetischer Kohlenwasserstoffverbindungen, die das Leben auf der ganzen Erde nachhaltig gefährden. Bereits heute kann man etwa im Fleisch eines Pinguins am Südpol feststellen, womit auf der Nordseite des Globus Wirtschaftswachstum erzeugt wird.

Dies ist der nicht eingestandene Hintergrund für die so viel gepriesene Leistungsfähigkeit des Industriesystems, für die angeblich so hohe Produktivität industrieller Technik. Sie kommt zustande durch die Ausplünderung nicht selbst erbrachter Vorleistungen (Internalisierung von sogenannten

⁸ Rolf Peter Siefertle: Der unterirdische Wald, Energiekrise und Industrielle Revolution, München 1982, S.64

„freien Gütern“ der Erde) und durch die massive Verschiebung von Kosten auf die Natur, die „Dritte Welt“, die zukünftigen Generationen (Externalisierung von Kosten durch Schadstoffe, Müllprobleme usw.) Das angeblich so produktive Industriesystem ist in Wirklichkeit ein extremes Schmarotzersystem der Erde, wie es die Menschheitsgeschichte bisher noch nicht gesehen hat. Es hat die überragende „Produktivität“ eines Bankräubers, der sich mit schnellem, gewalttätigem Griff auf Kosten anderer ein Leben in Wohlstand zu verschaffen versucht.

Dieser Sachverhalt wird von den meisten Menschen in den Industriegesellschaften noch ver-

Raubtechniken

Aber schaut man sich die im Erscheinungsbild so strahlenden Technologien und technischen „Bedarfsartikel“ der Industrieländer der Reihe nach an, so sind sie ganz überwiegend vom Typ externalisierende Raubtechnik: die gewaltigen fossilen oder atomaren Kraftwerke, die Flugzeuge und Automobile, die Wasch- und Spülmaschinen, Kühl- und Gefriergeräte, die Produktionsstätten für Kunststoffe und die zahllosen Kunststoffprodukte, die industrialisierte und chemisierte Landwirtschaft, die „Veredelungsindustrie“ für Lebensmittel, die Verpackungsindustrie, die Häuser aus Beton, Stahl und Chemie, die Papierproduktion usw., usf. All diese glanzvollen Errungenschaften industrieller Technik funktionieren nicht ohne massiven Verbrauch von „kostenlosen“ Natur-schätzen und ohne Ausstoß von Müll, Giften, Lärm und Gestank.

Man muss lange suchen, um in dem riesigen Berg von industriellen Produktionsverfahren und industriellen Bedarfsartikeln Exemplare zu finden, die nicht dem System der externalisierenden Raubtechniken angehören und die man vorbehaltlos etwa für die „Dritte Welt“ empfehlen könnte. Darum gibt es ja nicht nur die Debatte über „angepasste Technologien“ für die „Dritte Welt“, sondern auch seit Jahren eine Diskussion über „andere Techniken“ für die Industrieländer. Die kritische Technikdebatte in den Industrieländern hat ja zu dem Resultat geführt, dass für eine Reihe ehemals gefeierter Glanzstücke des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nur noch der „Ausstieg“ eine Perspektive hat. Der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie, aus der Chlorchemie, aus großen Teilen der synthetisierenden Chemie, aus dem Automobilismus oder aus der industrialisierten und chemisierten Landwirtschaft ist für ökologisch bewusste Menschen in den Industrieländern eine Selbstverständlichkeit.

Die meisten industriellen Technikprodukte sind nicht verallgemeinerungsfähig. Als einstige begehrte Luxusprodukte von Wenigen verlieren sie bei massenhafter Verbreitung ihren Gebrauchswert etwa durch „Verstopfung“ und erzeugen in der Regel gleichzeitig durch ihre Massenhaftigkeit die Umweltprobleme. Beispielsweise können wenige Autos auf den Straßen komfortable Prestige-fahrzeuge für ihre Nutzer sein. Aber bereits in den

drängt. Man kann es als zentrale „Lebenslüge“ des Industriesystems bezeichnen, dass so getan wird, als ob dieser auf Ausplünderung und Kostenverschiebung zustande gekommene materielle „Wohlstand“ durch industrielle Produktion, durch Wissenschaft und Technik, durch die Werkzeuge des Fortschritts eben, „geschaffen“ wurde. Aufgrund dieser Lebenslüge glaubt man auch, dass die Probleme der immer stärker in Erscheinung tretenden Naturzerstörungen ohne „Wohlstandsverlust“ allein mit technischen Mitteln zu beheben seien und dass durch den Export dieser „produktiven“ Techniken auch die „Dritte Welt“ am materiellen Wohlstand teilhaben könnte.

Industrieländern selbst ist das Auto nicht verallgemeinerungsfähig. Obwohl nur ein Bruchteil der Menschen in den Städten sich mit dem Auto fortbewegt, ersticken viele Städte im Blech, Lärm und Gestank. Würde beispielsweise allein in China der Motorisierungsgrad so groß werden wie in den Industrieländern, dann wären in kürzester Zeit das Erdöl verbraucht und die Atmosphäre der Erde am Ende.

Ähnliches gilt für fast alle anderen „Wohlstand“ und „Komfort“ erzeugenden industriellen Techniken. Der angewöhnte Knopfdruckkomfort und die selbstverständlichen Konsumverhaltensweisen wie fließendes warmes Wasser in Griffweite, ständig geheizte oder gekühlte Räume, motorische Fortbewegung, Nahrungsmittel der ganzen Welt plastikverpackt und tiefgekühlt in ständiger Verfügung, Berge von „unverzichtbaren“ Bedarfsartikeln, die durch beschleunigten Modewechsel immer schneller zu Müllbergen werden, dieser american way of life setzt sich zusammen aus zahllosen kleinen Naturplünderungen und Kostenverschiebungen. Genau dies macht in der Summe den beneideten „Wohlstand“ des Industriemenschen aus, und genau dieser „Wohlstand“ ist nicht verallgemeinerungsfähig. Ihn können sich nur wenige Länder in wenigen Generationen leisten, bis die Erde ausgeplündert und unbewohnbar geworden ist.

Die Botschaft von Truman, Kennedy und vielen anderen an die „Völker der Welt“, sie könnten durch die Übernahme der westlichen wissenschaftlichen Technik den materiellen „Wohlstand“ des Westens erlangen, erweist sich also als empirisch nicht haltbar. Die vorhandenen industriellen Techniken des Westens sind fast ausschließlich hergerichtet zur Ausplünderung und Kostenverschiebung. Mit diesen Techniken könnten bestenfalls die ersten „Entwicklungsländer“, die am schnellsten vor den anderen sich industrialisieren, einen „Wohlstand“ nach westlicher Machart erreichen. Für die Völker der ganzen Erde ist das unmöglich. Die Illusion, der westliche „Wohlstand“ würde durch Wissenschaft und Technik „geschaffen“, diese Illusion, die von Truman und Kennedy noch mit großer Naivität vorgetragen wurde, spätestens seit den siebziger Jahren aber ernsthaft nicht mehr vertreten werden konnte,

wurde dann von einigen besonders Technikgläubigen während der entstehenden Ökologiedebatte wieder neu aufgewärmt als Zukunftsvision. Nachdem die gewaltigen Naturzerstörungen der vorhandenen Techniken zugestanden werden mussten, glaubt man, ohne „Wohlstandsverlust“ Auswege finden zu können in einer „ökologischen Modernisierung“ der Industrie.

Mit noch zu schaffenden Neuen Technologien soll genau der „Wohlstand“ möglich gemacht werden, der bisher mit den alten Technologien möglich war, nun jedoch „ökologisch verträglich“. Durch irgendeine geheimnisvolle Wunderkraft der Technik, durch eine geniale Formel, ein neues Prinzip, einen technischen „Durchbruch“ sollen gleichsam aus dem Nichts genau so effizient, kostengünstig und vor allem in gleich großen Mengen all die Dinge hervorgezaubert werden, die bislang nur möglich waren durch Ausplünderung und Verschiebung der Kosten.

Wie sehr dies illusionäres Wunschdenken ist, zeigt exemplarisch die Energiedebatte. Die Ansätze für eine solare Energiegewinnung, die in der Regel aufgrund der verwendeten Materialien noch weit davon entfernt sind, wirklich verallgemeinerungsfähig und naturverträglich zu sein, werden von den Energiebossen höhnisch in die Ecke der „additiven“, bloß ergänzenden Energiegewinnungstechniken verwiesen, weil sie hinsichtlich der Kostengünstigkeit und lieferbaren Energiemenge nicht mithalten können mit ihren Großtechniken. Sie haben recht. Mit vertretbaren Kosten sind die gegenwärtig verbrauchten Energiemengen auf solarer Basis nicht zu gewinnen. Und solange es keine Institution gibt, die verschobene Kosten bei den Nutzern „in Rechnung“ stellt, solange sind solare Energiegewinnungstechniken nicht konkurrenzfähig zu den bisherigen Techniken. Wer glaubt, mit einer naturverträglichen Technik genauso „effizient“ und „kostengünstig“ materiellen „Wohlstand“ schaffen zu können, wie das bislang möglich war durch externalisierende Raubtechniken, der ist ein Anwärter auf das Patent für ein perpetuum mobile.

Wirklich zukunftsfähige, also menschenfreundliche und, über lange Zeit betrachtet, naturgemäße Techniken hat die wissenschaftliche Zivilisation des Westens der Welt kaum anzubieten. Darum richteten sich auch die Hoffnungen einiger im Westen auf Hilfe aus umgekehrter Richtung. Nachdem in den siebziger Jahren nach der Euphorie der technischen „Entwicklungshilfe“ erkennbar wurde, dass der Import von westlichen Technologien in den Ländern der „Dritten Welt“ Monokulturen, Millionenslums, Verwüstungen, Kulturzerstörungen und menschliche Ruinen zur Folge hatte, gab es, vor allem in Indien, Ansätze, stärker eine eigenständige Technikentwicklung anzustreben. Robert Jungk schrieb damals noch hoffnungsvoll⁹: „Wir stehen erst am Beginn einer

Entwicklung spezifisch asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Variationen der Technik. Gemeinsam ist ihnen, trotz der großen geographischen Distanz, dass sie lebens- und naturnäher sein wollen. Die Ursache dafür ist nicht schwer zu erkennen. Sie alle entstanden aus Protest gegen die mechanistische, unempfindsame, normierende, vorwiegend auf Schnelligkeit und Höchstleistung zielende okzidentale Technik. Es ist durchaus denkbar, dass noch vor der Jahrtausendwende gelbe, braune und schwarze Techniker als Entwicklungshelfer in die Hochburgen der Industrie auf unserer Hälfte der Erdkugel gerufen werden, damit sie ihren einstigen

⁹ Robert Jungk: Der Jahrtausendmensch, Berichte aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft, München 1973, S. 69f

Lehrmeistern zeigen, wie man ohne Verschwendung und ohne Schaden für Mensch und Umwelt,

Gründe für die hohe Attraktivität westlicher Technik

Diese Hoffnung findet gegenwärtig nur noch wenige Fürsprecher. Zu übermächtig sind wieder der Sog und die Blendung durch die „leistungsfähigen“ westlichen Techniken geworden. Die gegenwärtig wieder vorhandene hohe Attraktivität der westlichen Technik in der „Dritten Welt“ hängt vermutlich eng zusammen mit ihren beiden Hauptmerkmalen: mit der Kostenverschiebung und der Raubeigenschaft.

Die Fähigkeit, Kosten verschieben zu können, macht es der modernen Technik möglich, in einer mystifizierten Gestalt zu erscheinen. Sie täuscht die Sinne über ihre Leistungsfähigkeit und verführt die Vernunft durch einen kurzfristig kalkulierenden Verstand. Die Kosten werden meistens räumlich und zeitlich sehr weit verschoben und gestreut. Der räumliche und zeitliche sinnliche Wahrnehmungshorizont ist in der Regel wesentlich kleiner. Was über Messgeräte an Schadstoff-Daten, über Kosten in der Zukunft oder in fernen Gebieten vermittelt wird, bleibt abstrakt und hat einen wesentlich geringeren Realitätsgehalt. Es berührt nicht oder kaum verhaltensbestimmende Gefühle und Gedanken. Wer kann sinnlich konkret mit 300.000 Jahren Halbwertszeit eines radioaktiven Mülls etwas anfangen? Was wiegt das Wissen über ein Ozonloch gegen den augenblicklich empfundeneren Sinneseindruck eines Nutzenvorteils etwa in Form eines komfortablen Transports mit einem PS-starken Automobil? Die zeitliche, räumliche und personelle Trennung von Nutzen und Kosten, die Trennung von Tatort und Leidensort oder auch von privat konsumierbaren Vorteilen und allgemein zu tragenden Nachteilen ist eine ungemein verführerische Eigenschaft moderner verwissenschaftlichter Technologien.

Wenn diese individuell attraktive Eigenschaft westlicher Techniken noch gepaart wird mit der „modernen“ Haltung „Verbrauche und genieße jetzt und bezahle später“ und wenn das „später“ sogar „spätere Generationen“ bedeutet, dann ist hiergegen eine nichtmystifizierende Technik, die alle Kosten und Nachteile dem Nutzer sofort sinnlich zurückmeldet, sehr unattraktiv, „primitiv“, we-

Technologischer Kulturimperialismus

Abgesehen von den physischen Kosten, bleiben der Technikbegeisterung der 50-er und 60-er Jahre auch die sozial-kulturellen Kosten der Einführung westlicher Technologie auf breiter Front verborgen. Selbst „saubere“ Technologien drücken einer Gesellschaft in einer Weise ihre Gesetze auf, dass kultureller Eigensinn und Autonomie nicht lange bestehen können.

Dass durch den Import der westlichen industriellen Techniken ein schleichender kultureller Imperialismus mit der Zerstörung der eigenen Kultur verbunden ist, hängt mit einer wenig beachteten Eigenschaft dieser Techniken zusammen, die ebenfalls unter der Überschrift Mystifikation beschrieben werden kann, mit der Trennung von Er-

ohne Hast und ohne Entfremdung das Lebensnotwendige erzeugen kann.“

nig „fortschrittlich“. Solange es keine Instanz, kein Verfahren, keine Übereinkunft gibt, die die verschobenen Kosten beim Nutzer einer Technik oder eines Produkts in Rechnung stellt, solange wird eine naturgemäße und menschenfreundliche Technik gegen die hohe Attraktivität der externalisierenden Raubtechniken keine Chancen haben.

Aus ähnlichen Gründen trägt die Raubeigenschaft der westlichen Techniken zu ihrer hohen Attraktivität bei. Trainiert in westlichen Schulen und vom Gedanken der geschichtlich unausweichlichen „Modernisierung“ des Landes durchdrungen, sehen viele in der „Dritten Welt“ nicht ein, warum sie die Vorteile, die mit der Ausplünderung der Erdschätze verbunden sind, den Industrieländern überlassen sollen. Sie wollen teilhaben am Instant-Wohlstand und verlangen Atomkraftwerke und die „effizienten“ Technologien der Erdölnutzung und halten das Angebot einer appropriate technology für die „Dritte Welt“, eine intermediäre oder sanfte Technologie für einen raffinierten Versuch, sie im Stadium der „Unterentwicklung“ zu halten. Die Partner des Fortschritts wollen Partner der Ausplünderung werden. Als auf einer Weltkonferenz zum Schutz der Erdatmosphäre die geplante hohe FCKW-Produktion für chinesische Kühlschränke als problematisch angesehen wurde, sahen das chinesische Modernisierer ganz anders. Für sie war ganz selbstverständlich, dass auch Chinesen Coca Cola eisgekühlt trinken wollen und selbstverständlich aus den kostengünstigen Kühlschränken auf FCKW-Basis. Nach uns die Sintflut, lässt sich mit Hilfe westlicher Technologien auch auf Chinesisch, Indisch oder Afrikanisch ausdrücken.

Wenn nicht von den Industrieländern in aller nächster Zeit ein vorbildhafter starker Impuls ausgeht für eine industrielle, technisch-ökonomische Abrüstung, für eine Entschleunigung der materiellen Produktionsprozesse, für attraktive Modelle einer low-performance society, für einen kulturellen Paradigmenwechsel, der den Produktionsmythos der Moderne überwindet, ist die Mondwerdung unseres blauen Planeten besiegelt.

scheinungsbild und Wirklichkeit, von unmittelbaren Wirkungen und späteren, versteckten Folgen:

Die angeblichen Werkzeuge des Fortschritts sind nämlich gar keine Werkzeuge, sondern Techniksysteme, die sich wie Kraken in allen Winkeln des Landes festsaugen, einnisten und keine Alternativen neben sich dulden.

Vom äußeren Augenschein her sind die industriellen Maschinen und Produkte isolierte Gegenstände, die wie Werkzeuge beliebig und in freier Entscheidung des Nutzers verwendet werden können. An ihnen hängt aber typischerweise ein infrastrukturelles Netz von technischen, sozialen und psychischen Bedingungen, ohne die die Geräte nicht funktionieren. Damit beispielsweise ein Auto

auch wirklich genutzt werden kann, benötigt man als technische Infrastruktur ein Straßennetz mit Tankstellen, Raffinerien, Erdölquellen, Werkstätten, Versicherungen, Polizei, Unfallstationen, Rechtsanwälte, Autofabriken, Ersatzteillager und vieles mehr und auf der psycho-sozialen Seite die dazu passenden und funktionsfähigen Menschen: das Training für den Führerschein, die Verkehrserziehung für Kinder, den gewissenhaften Tankwart und Werkstattmeister, generell den sachkundigen und arbeitsamen Industriearbeiter, also Schulung, Disziplinierung, Schulung. Entsprechendes gilt für jedes der industriellen Produkte. Sie sind nur als Techniksysteme mit zugehöriger Infrastruktur und psycho-sozialer Zurichtung der Menschen funktionsfähig.

Die Einführung der Fabrikarbeit und Industrialisierung bedeutete auch für Europa eine „große Transformation“ der ganzen Gesellschaft, Kultur und psychischen Struktur der Menschen. Sie ist nur mit viel Gewalt, Erniedrigung, Elend und Entmündigung über die geschichtliche Bühne gegangen. Die Ausbreitung der verwissenschaftlichten Technik war auch, wie Russell feststellte, für die europäische Kultur „unermesslich schädlich“, indem Kulturtätigkeiten mechanisiert und trivialisiert wurden. Aber immerhin ist die Industrialisierung in und durch die europäische Kultur entstanden und somit ihr nicht wesensfremd.

Für die Kulturen der anderen Länder sehen die erforderliche psycho-soziale Zurichtung der Menschen und die kulturelle Transformation viel dramatischer aus, weil sie mit einer völlig wesensfremden Kultur konfrontiert werden. Durch die technische „Entwicklungshilfe“ aus den Industrieländern erhalten sie „trojanische Maschinen“ (Jungk), die ihre Kultur und Gesellschaft von innen her erobern. Sie werden gezwungen, nach und nach eine ihnen fremde industriekulturelle Arbeitsethik zu verinnerlichen, sich völlig ungewohnten Zeitrhythmen unterzuordnen, mit der Zeit Sachbeziehungen höher zu bewerten als Beziehungen zu Menschen, eine zunehmende Zeit-hetze als normal zu empfinden, motivations-unabhängige Arbeit zu akzeptieren, Lohnarbeit

Dieser Text ist zuerst erschienen in: The Development Dictionary, A Guide to Knowledge as Power, edited by Wolfgang Sachs, London 1992. In deutsch ist er erschienen in Wolfgang Sachs (Hg.): Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993 (vergriffen)

und Warenfetischismus werden sich ausbreiten, ein Konkurrenzkampf aller gegen alle die Synthese der Gesellschaft bilden und selbstverständlich werden, dass sich alle zurichten lassen als maschinelle Funktionselemente in einem großen, vom Weltmarkt beherrschten Produktionsapparat. „The total picture ... is one of transfer of technology as structural and cultural invasion, an invasion possibly more insidious than colonialism and neo-colonialism, because such an invasion is not always accompanied by a physical Western presence ...“ (Johan Galtung)¹⁰

Das Zeitalter des „westlichen“ Imperialismus ist also noch lange nicht vorbei, zumal es zusätzlich, vor allem durch die USA, einen direkten und offenen technologischen Imperialismus gegenüber den Ländern der „Dritten Welt“ gibt; beispielsweise durch das gewaltige Arsenal der elektronischen Überlegenheit in Form von Kommunikationssatelliten für „remote sensing“ zur lokalen Wetter- und Erntekontrolle in den Ländern der „Dritten Welt“, um früher zu wissen, welchen Marktwert ihre Ernten haben werden, als diese Länder selbst, durch Computerdatenbanken für das technische Informationsmonopol, durch Medienkonzerne für die direkte Kulturpropaganda zur Überschwemmung aller Fernsehstationen usw. „Tatsächlich könnte die Bedrohung der Unabhängigkeit im späten 20. Jahrhundert durch die neue Elektronik größer sein als selbst es der Kolonialismus war.“¹¹

¹⁰ Johan Galtung: Towards a New International Technological Order, in: Alternatives, Vol. 4 Nr. 3 (Januar 1979), S. 288, zitiert nach Volker Rittberger (ed.): Science and Technology in a Changing International Order, The United Nations Conference on Science and Technology for Development, Boulder, Colorado 1982

¹¹ Anthony Smith: Geopolitics of Information, New York 1980, S. 176, zitiert nach Herbert I. Schiller: Die Verteilung des Wissens, Information im Zeitalter der großen Konzerne, Frankfurt/M 1984 (Who Knows: Information in the Age of the Fortune 500, Norwood, New Jersey, 1981

Dr. H. Kittner

Landbewirtschaftung und die Aufgaben in Naturschutz und Landschaftspflege

1. *Es sind die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Landbewirtschaftern ermöglichen, Naturschutz und Landschaftspflege als Einheit von Biotop- und Artenschutz, Erosions- und Klimaschutz auf der gesamten Fläche zu betreiben. U.a. sollte das Bundes-Naturschutzgesetz auch unter diesem Gesichtspunkt novelliert werden.*

Die Grundaufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege bestehen i.w. in der Einheit von Biotop- und Artenschutz, Erosions- und (Klein-) Klimaschutz. Naturschutz und Landschaftspflege sind dabei ein untrennbares Aufgabenfeld. Das bedeutet die Abkehr vom „Käseglocken-Naturschutz“¹²⁾ und den Übergang zum Naturschutz auf der ganzen Fläche. Das Wuppertal-Institut¹⁾ zitiert RÖSLER wie folgt: „Die heute gängige Naturschutzforderung ist eine auf 100% der Fläche umweltverträgliche Landnutzung. Der Naturschutz hat ein Stadium erreicht, an dem nicht mehr in erster Linie der Schutz der Natur, sondern das Wirtschaften im Einklang mit der Natur gefragt ist.“ Diese Forderung findet sich sinngemäß in vielen aktuellen Veröffentlichungen wieder^{13,14)}, u.a. auch in dem beachtenswerten Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages unter dem Titel „Konzept Nachhaltigkeit“¹⁵⁾.

2. *Naturschutz und Landschaftspflege sind in die Landbewirtschaftung zu integrieren. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Ausarbeitung verbindlicher ökologischer Minimalkriterien (Kennziffern, Standards) der Landbewirtschaftung sind zu forcieren. Auf der Basis dieser Kriterien ist die Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Landbewirtschaftung zu entwickeln.*

Mit einfachen Worten umschrieben, geht es i.w. um das „Neueinräumen“ der „ausgeräumten“ Kulturlandschaften. In der Intensivperiode der Landwirtschaft (von der Rodung bis zur Kunstdüngung) wurde ein Idealbild der Kulturlandschaft geschaffen, was sich in Biotopvielfalt und Artenexplosion, minimalen Erosionsschäden und günstigem Kleinklima darstellte. In der Intensivperiode wurde unter dem Zwang der Ernährungssicherung dieses Idealbild zerstört. In einer Öko-Periode der Landwirtschaft muss ein neues Idealbild der Kulturlandschaft bewusst geschaffen werden. – Das alte Idealbild sicherte Ökotoneneffekte auf der ganzen Fläche, d.h. vereinfacht formuliert, eine kleinräumige Biotopvielfalt durch Raine, Hecken, Feldgehölze und Wildkrautanteile in den Monokulturen. Diese Biotopvielfalt ist, insbesondere für Kleinlebewesen, die sich nur kleine Lebensräume erschließen können, eine Grundvoraussetzung für ihre Existenz. In der Intensivperiode war die gesamte Kulturlandschaft quasi ein ganzflächiger Ökoton. – Der wesentliche Schaden der Intensivierung ist also eine Ökotonverarmung, also eine Lebensraumeinschränkung. Das führte beispielsweise zu einem dramatischen Artensterben, was in den ständig wachsenden Roten Listen dokumentiert wird. Oder um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Erosionsschäden sind so angewachsen, dass der Bodenabtrag im Durchschnitt das Sechsfache der Bodenreuebildung beträgt.

Was ist dagegen zu tun? Zurück zu landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und -leistungen der Extensivperiode verbietet sich, wenn man den wachsenden Bedarf an Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen berücksichtigt. So spricht das Worldwatch-Institute Washington¹⁶⁾ bereits von einer nahenden weltweiten Ernährungskrise. Die Aufgabe besteht also darin, bedarfsgerechte Landbewirtschaftung im Einklang mit der Natur mit modernen Landbaumethoden in den gegebenen großräumigen Strukturen zu sichern. Das bedeutet für Naturschutz und Landschaftspflege, dass die Wiederherstellung der Ökotoneneffekte in ausreichender Qualität und Quantität den großräumigen Strukturen angepasst werden muss. Im Sinne des Naturschutzes auf der ganzen Fläche beginnt das bei den Landbaumethoden, die schrittweise zum ökologischen Landbau hin entwickelt werden müssen; findet aber seinen Schwerpunkt vorerst in der Anlage eines Ökoton-Verbundnetzes, das vorzugsweise eine mehr oder weniger ausgeprägte lineare Gestalt haben wird.

Unsre Bild von der „wiedereingeräumten“ Landschaft sieht kurz skizziert i.w. wie folgt aus: durchgehend an den Kontaktzonen Wald/Feld Hecken und Wildkrautsäume anlegen (Waldrandgestaltung); an den verbliebenen Strukturelementen, d.s. Wege, Raine, Bäche, Kontaktzonen Wiese/Acker, Feldgehölze u.a.m., Baum- und Strauchhecken anlegen mit beidseitigen Wildkrautsäumen; wertvolle Offenlandschaftsbiotope erhalten, mit Hecken ummanteln (abpuffern) und als Trittsteine in das Netz einfügen. – Ein Baum, eine Gruppe von Bäumen und auch ein isolierter Baumbestand bringen noch nicht den gewünschten Ökotoneneffekte. Nur die sinnvolle Kombination der Biotope und deren richtige Verteilung in der Landschaft bringen die gewünschten

¹² Zukunftsfähiges Deutschland; Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal-Institutes für Klima, Umwelt, Energie, herausgegeben von BUND und Misereor, Birkhäuser-Verlag 1996

¹³ Jahrbuch Ökologie 2000, Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewußtes Management (BAUM), München 1999

¹⁴ Naturschutz in der Kulturlandschaft, Schutz und Pflege von Lebensräumen, Jena 1998

¹⁵ Konzept Nachhaltigkeit, Vom Leitbild zur Umsetzung, Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages, Bonn 1998

¹⁶ Worldwatch-Institute Report, Zur Lage der Welt 1966-1999, Daten für das Überleben unseres Planeten, Washington, Frankfurt am Main

Fortschritten im Biotop- und Artenschutz, Erosions- und Klimaschutz und sichern die Nachhaltigkeit der Landbewirtschaftung. Diese Erkenntnis muss integraler Bestandteil moderner Landbewirtschaftung werden und einen unbedingt notwendigen Forschungsvorlauf anregen. Dieser muss zur Ausarbeitung ökologischer Kriterien (Kennziffern) der Landbewirtschaftung führen, als Orientierung für die Landbewirtschaftler. Bauern und Förster sind die wichtigsten Partner bei der Realisierung von Naturschutz und Landschaftspflege nach modernen Kriterien. Diese Mitwirkung darf nicht dem Zufall oder marktwirtschaftlichen Zwängen überlassen werden. Verbindliche Vorgaben, wie sie als Standards auf anderen Gebieten selbstverständlich sind, müssen auch in Naturschutz und Landschaftspflege schädliche Beliebigkeiten begrenzen.

3. Die Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Landbewirtschaftung erfordert die Ausarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen nach ökologischen Kriterien in Verantwortung von Landwirtschaft und Kommunen, was insbesondere die Ausführbarkeit der Pläne sichern soll. Diese Pläne bedürfen der staatlichen Bestätigung und werden so zum Bestandteil mittelfristige Betriebsplanung.

Obwohl schon viel beschriebenes Papier vorliegt, gibt es bei der ausführungsgerechten Planung von Naturschutz und Landschaftspflege noch erhebliche Rückstände. Diese bestehen vor allem darin, dass wie oben schon festgestellt, Kriterien für die ökologisch integrierte Landbewirtschaftung fehlen und die vorliegenden Pläne (z.B. Landschaftspläne) noch zu sehr den Charakter von Empfehlungen haben und das Schwergewicht auf der Zustandsanalyse liegt. Hier klafft in den meisten Bundesländern noch eine gesetzgeberische Lücke. Es ist unverständlich, dass für 1/4 des Territorium verbindliche Flächennutzungspläne vorliegen, aber für 3/4 des Territorium die Flächennutzung im Sinne von Nachhaltigkeitssicherung in nicht geringem Umfang dem Zufall überlassen ist. Es ist daher erforderlich, dass auf der Grundlage der Landschaftspläne weiterführende Planungen in Form eines objektkonkreten Pflege- und Entwicklungsplanes vorgenommen werden. Dieser Planung müssen verbindliche ökologische Landbewirtschaftungskriterien zugrunde liegen.

Da Naturschutz und Landschaftspflege nur so gut sein können, wie die Aufgaben von den Landbewirtschaftern verstanden werden (einschließlich der Kommunalpolitiker), sollten die „Pflege- und Entwicklungspläne der integrierten Landbewirtschaftung“ vor allen Dingen in Verantwortung der Landbewirtschaftler und Kommunen erarbeitet werden. Die fachliche Anleitung können z.B. die Landschaftspflegeverbände (soweit vorhanden) übernehmen. Wenn Planungs- und Ausführungsbetreuung in einer Hand liegen, werden die Pläne wohl kaum in den Schreibtischen verschwinden. Und wenn die Ausführung der Arbeiten in die Hände des Landbewirtschafters gelegt wird, entwickelt sich auch das notwendige Verantwortungsgefühl, ohne das der Bestand der Pflanzungen etc. auf Dauer nicht gesichert ist.

4. Die ökologisch integrierte Landnutzung erfordert die Bereitstellung von bis zu 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Gestaltung eines Ökoton-Verbundnetzes. Es sind ausreichend Entschädigungsleistungen zu gewähren und die Flurneuordnung ist erheblich zu beschleunigen.

Die Flächenbereitstellung für Naturschutz und Landschaftspflege (als „dienende Fläche“) ist für die Landwirtschaft ein besonderes Problem. Da ist einmal der Konkurrenzdruck im marktwirtschaftlichen System, der die Landwirte zwingt, jeden Quadratmeter Fläche zur Produktion landwirtschaftlicher Produkte auszunutzen. Flächenstilllegung ist sowieso ein Anachronismus angesichts der Welternährungslage und der Notwendigkeit zur Produktion nachwachsender Rohstoffe. – So gesehen ist die Forderung, bis zu 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in dienende Fläche umzuwandeln, nicht ohne Bedenken realisierbar. – Zuerst muss man beachten, dass häufig die Hälfte der benötigten Fläche, wenn auch zuweilen in ungünstiger Anordnung, vorhanden ist. Das bedeutet, dass die andere Hälfte der Fläche aus der z.Zt. bewirtschafteten Fläche ausgegliedert werden muss. Erschwerend kommt hinzu, dass das Verbundnetz nicht gar zu beliebig auf Flächen minderer Bodenqualität eingerichtet werden kann. So bleibt nichts anderes übrig, auch auf Flächen besserer Bodenqualität zurückzugreifen. – Eine gewisse Berechtigung für diese Forderung kann nur aus der Tatsache gezogen werden, dass diese Inanspruchnahme etwa in Höhe der in den letzten Jahrzehnten durch Meliorationsmaßnahmen aller Art (z.B. Beseitigung von Wegen und Rainen) umgewandelten ehemaligen dienenden Flächen liegt, wie Pilotprojekte im Osterzgebirge zeigen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass den Wünschen der Flächenbewirtschaftler/ -besitzer nach Umwandlung nur dann entsprochen werden kann, wenn das mit den Pflege und Entwicklungsplänen weitestgehend vereinbar ist. – Um den aus mehrfachen Gründen notwendigen Interessenausgleich für alle Seiten tragbar zu gestalten, müssen die Verfahren der Flurneuordnung, die i.a. einen solchen Interessenausgleich im erforderlichen Umfange ermöglichen, wesentlich beschleunigt werden. – Aber: keine Flurneuordnung ohne Pflege- und Entwicklungspläne des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf der Basis verbindlicher Standards! Und: Flurneuordnung darf nicht zu einer Vermessungsübung an Wegen und Feldgrenzen verkommen!

5. Die Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Landbewirtschaftung ist auf der Grundlage der Pflege- und Entwicklungspläne ausreichend finanziell abzusichern und vertraglich mit den Landbewirtschaftlern mittelfristig zu vereinbaren.

Die Leistungen in Naturschutz und Landschaftspflege bringen zwar den Landnutzern mittel- und langfristig auch einen gewissen Nutzen; dominierend aber ist die Gemeinnützigkeit der Vorhaben. Sie können marktwirtschaftlich nicht beurteilt werden: Der Kubikmeter saubere Luft, die Minderung der Erosionsfrachten, die

Erhöhung des Erholungswertes u.v.a.m. entziehen sich der Beurteilung als Ware. Nicht zuerst der Einzelne, sondern die Gemeinschaft trägt die Hauptlast der Verantwortung für den Schutz der Natur. Man muss von einer staatlichen Pflichtverletzung sprechen, wenn Lasten und Risiken in private Bereiche abgewälzt werden.

Deshalb muss auch eine unzureichende Finanzierung als staatliche Pflichtverletzung angesehen werden. – Beispielprojekte zeigen, dass die Finanzierung z.Zt. zu etwa 10% abgesichert sein dürfte. Dabei würde nur ein Bruchteil dessen, was z.B. in den Straßenbau investiert wird, den finanziellen Grundbedarf decken. – Es sind zwei Finanzierungswege anzustreben: Der erste Weg wäre mit dem Begriff Vertrags-Naturschutz wohl am besten umschrieben. Hier sind die Leistungen, die bei der vertraglichen Realisierung der Pflege- und Entwicklungspläne erbracht werden, leistungsbezogen direkt zu finanzieren. Lässt man die Arbeiten im „öffentlichen Beschäftigungssektor“ ausführen, erschließt man sich weitere Finanzierungsquellen, da Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlt wird. Was ebenso wichtig ist: Die handarbeitsintensiven Naturschutz- und Landschaftspflegearbeiten, hoffentlich künftig in bedarfsgerechtem Umfang ausgeführt, ermöglichen eine wesentliche Aufstockung des Arbeitskräfteeinsatzes im ländlichen Raum. Hier ist natürlich in besonderem Maße politischer Wille zu gesetzgeberischen Konsequenzen gefragt.

Ein zweiter Finanzierungsweg wäre die indirekte Finanzierung über landwirtschaftliche Fördermittel. Zunehmend sollte den Landbewirtschaftern die Gewährung produkt- oder flächenbezogener Fördermittel von der Erfüllung vorher vereinbarter ökologischer Kriterien abhängig gemacht werden. Das könnte dem Prozess der Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Landbewirtschaftung sehr dienlich sein.

6. *Die Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Waldbewirtschaftung muss ebenfalls durch ökologische Kriterien beeinflusst werden. Das Ökoton-Verbundnetz der Offenlandschaft muss im und am Wald seine Fortsetzung finden. Baumhecken in der Offenlandschaft sind als Neuaufforstung anzuerkennen.*

Die bisherigen Betrachtungen bezogen sich auf die Feld- und Wiesenfluren mit ihren Gehölzrudimenten. Die Landbewirtschaftung in den Waldlandschaften bedarf gleichermaßen der Integration von Naturschutz und Landschaftspflege, und zwar in koordinierter Form mit den Offenlandschaften. Das Ökoton-Verbundnetz der Fluren muss im Wald seine Fortführung und funktionelle Ergänzung finden. Wir sahen bereits, welche enorme Bedeutung der Waldrand im Verbundnetz hat. Projekte im Osterzgebirge zeigen, dass mehr als 1/3 der Ökotonflächen an Waldrändern angelegt werden können; dabei ist der ökologische Wert solcher Anlagen noch höher zu beurteilen. Ökologische Kennziffern der Waldbewirtschaftung sollten daher verbindlich vorgeben, dass alle Waldränder (in Abstimmung mit der Landwirtschaft) als Ökoton zu gestalten sind. (Laubholzzone, Heckenstreifen, Wildkrautsaum).

In den Waldinnenbereichen sind Offenlandschaftsbiotope zu erhalten, bzw. durch Anlegen von Wildäckern wiederherzustellen. So wurden z.B. Talauen nicht selten aufgeforstet. In polemischer Übertreibung könnte man sagen: Wald in die Offenlandschaft – Offenlandschaft in den Wald. Auf jeden Fall müssen alle Möglichkeiten zur Schaffung von Biotopvielfalt im und am Walde genutzt werden. – Waldrandgestaltung hat aber auch einen unmittelbaren Nutzen für den Wald. Die Feststellungen nehmen zu, dass die Erosionsfrachten aus der Feldflur, die in der „Senke“ Wald abgelagert werden, z.B. die Zielsetzungen des Naturschutzes in Wald infrage stellen. Durch Waldmäntel kann eine erhebliche Abpufferung zur Feldflur erreicht werden.

Nun noch einige Bemerkungen u Neuaufforstungen. Die FAO empfiehlt für die gemäßigten Zonen einen Waldanteil von ca. 30% (40% Subtropen, 50% Tropen). Diese Forderung hat zuerst ökosystembedingte Gründe. Auch Biomasseerzeugung und CO₂-Bindung sollten nicht unterschätzt werden. Neuaufforstung im Sinne von Erweiterung der Waldfläche und Reduzierung der Offenlandschaften muss deshalb prinzipiell bejaht werden. Vor allem, wenn sie gleichermaßen Naturschutz und Landschaftspflege dient.

Wie bereits festgestellt, muss mit dem Bodenfond der Landwirtschaft, wegen des wachsenden Bedarfs an verwertbarer Biomasse für Ernährung und Industrie, sehr sorgfältig umgegangen werden. Dazu kommt, dass z.Zt. in Deutschland jährlich 0,7% der Gesamtfläche verbaut (und versiegelt) werden¹⁷. – Andererseits stellen wir fest, dass das „Wiedereinräumen“ der Landschaften ebenfalls Umwandlung von Ackerland erfordert. Das bedeutet, dass der knappe Bodenfond nur im Ausnahmefall (bei Arrondierungsaufforstungen) der einseitigen Schaffung von Waldbiotopen dienen sollte. Die Bäume müssen vor allem in Ökoton-Verbundnetz in die Landschaft gebracht werden. Das bedeutet, dass die Anlage von Baumhecken als Neuaufforstung anerkannt werden müsste; das erfordert sicherlich eine forstpolitische Entscheidung.

Wenn z.B. in Sachsen der Waldanteil um 3-4% steigen soll, was man nur begrüßen kann, dann darf das aber nicht zur spürbaren Reduzierung der Offenlandschaftsbiotope (und bestehender Ökotoneffekte) führen. Genausowenig darf der Waldanteil in den Gebieten steigen, wo er sowieso schon sehr hoch ist. Besichtigt man die Wasser- (und Wind-) Erosionsschäden im Sächsischen Lößlehmgebiet, wie sie sich in dieser Jahreszeit erschreckend offenbaren, dann ist diese Forderung wohl verständlich.

17

Naturschutz in der Kulturlandschaft, Schutz und Pflege von Lebensräumen, Jena 1998

7. Im Rahmen der Förderung alternativer Energien und nachwachsender Rohstoffe muss der komplexen Biomasseverwertung durch Vorgabe ökologischer Kriterien in allen relevanten Bereichen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die finanzielle Anschubförderung ist zu verstärken.

Vom steigenden Nahrungsmittelbedarf wurde bereits gesprochen. Biomasse (ganz gleich in welcher Form) ist aber auch ein wertvoller Rohstoff, weil erneuerbar. Die derzeitige Ausnutzungsquote ist aber noch sehr niedrig, vor allem, wenn man sich in den Wäldern umschaut. Vom Holzspan bis zum Klärschlamm sind noch große Nutzungsreserven zu erschließen. – Die erste Stufe ist die Erfassung, der Transport und die Zwischenlagerung. Hier bieten z.B. Holzreste in Wald und Flur, konsequentere Hausmülltrennung und Klärschlammverwertung noch Reserven. In der 2. Stufe ist die Verarbeitung noch unterentwickelt, obwohl z.B. Rapsöl-Raffinerien, Humuswerke, Biobrennstoff-Pelletierung wachsende Möglichkeiten und vor allem wachsenden Bedarf ankündigen. In der 3. Stufe ist die Rückführung/Verwertung der industriellen Bioprodukte ebenfalls noch dringend entwicklungsbedürftig (was zugleich günstige Auswirkungen auf die 1. und 2. Stufe haben kann). – Um Beispiele zu nennen: Das Humuswerk ist eigentlich der „zentralisierte Misthaufen“; aber nur sehr wenig des unschädlichen und wertvollen Düngemittels kommt (aus Kostengründen) auf die Felder zurück. Die Biomasse-Brennstoffpellets finden kaum Abnehmer, weil sie noch zu teuer sind (dabei sind sie hervorragende Energie-Akkumulatoren). Der Rapsdiesel kann noch nicht flächendeckend angeboten werden, obwohl der Bedarf stetig ansteigt. – Hier ist unbedingt finanzielle Anschubförderung vonnöten.

8. Die Landbaumethoden sind zunehmend ökologischen Kriterien zu unterwerfen, um den schrittweisen Übergang zum ökologischen Landbau zu ermöglichen. Hierzu muss der Forschungs- und Entwicklungsvorlauf verstärkt werden.

Wäre nicht mit der Einführung des flächendeckenden ökologischen Landbaus mehr zu erreichen? Die Wiederherstellung von Ökotonen auf der ganzen Fläche wäre sicherlich ein erstrebenswertes Idealziel, eine landwirtschaftliche Monokultur mit Wildkrautanteil ein Idealbild. Aber der überzeugteste Naturschützer und Landschaftspfleger weiß, dass solche Forderungen, zumindest kurz- und mittelfristig, beim besten Willen nicht realisierbar sind. Was aber realisierbar sein muss, ist die Erfüllung ökologischer Mindestkriterien. So darf die Durchsetzung bodenschonender Landbauverfahren (z.B. pfluglose Bodenbearbeitung) nicht mehr allein dem Willen des Landbewirtschafters überlassen bleiben. Wir wissen, dass allein damit bis zu 90% der Erosionsschäden vermieden werden können. – Über die Bedeutung von Wildkrautstreifen in Ökoton-Verbundnetz wurde schon gesprochen; d.h. die Vermeidung bzw. Reduzierung von Herbiziden und Düngern in diesen Zonen sollte auch nicht mehr nur diskutiert werden. – Der vernünftige, d.h. auf das unbedingt notwendige Maß reduzierte Dünger- und Herbizideinsatz auf der ganzen Fläche muss ebenfalls Gebot werden. – Nicht zuletzt ist der Absatz von Produkten des ökologischen Landbaus in geeigneter Weise zu unterstützen.

Man sollte den Begriff ökologischer Landbau nicht gar zu eingeeengt verwenden. Das Maximalziel (Idealziel) ist sicher noch besser zu beschreiben; hier bedarf es sicher noch mancher Forschungsarbeit, wenn davon ausgegangen wird, dass ein Absinken der landwirtschaftlichen Produktion nicht hingenommen werden darf. Es ist sicher schon von ökologischem Landbau zu sprechen, wenn die Teilziele realisiert werden (entsprechend vertraglich gebundener Kennziffern), die zu keinem Absinken der Produktion und des Betriebsergebnisses führen.

9. Die gemeinnützigen Vorhaben der ökologischen Landbewirtschaftung machen Umlagefinanzierung erforderlich, die Anschub- oder Dauerfinanzierung sein kann. Im Rahmen eines ökologischen Finanzausgleichs sind diese Vorhaben ausreichend zu berücksichtigen.

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist der beste Garant für die Erfüllung der Aufgaben in Naturschutz und Landschaftspflege (komplex und ganzflächig). Hierzu ist eine sinnvolle agrar- und forstpolitische Weichenstellung (einschließlich geeigneter gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen) erforderlich. Über diese Komplex konnte an dieser Stelle nicht oder nur andeutungsweise diskutiert werden. Da ist der Naturschützer und Landschaftsgestalter sicher überfordert. Er kann und muss aber den Politikern und Volkswirtschaftlern sagen, was Landbewirtschaftung im Einklang mit der Natur bedeutet. Wir wollen spezifische Sachkenntnis einbringen und Diskussion bzw. Beachtung der Hinweise einbringen.

Wenn heute ein Haus gebaut oder eine Maschine konstruiert wird, müssen bis hin zum letzten Ziegel und zur letzten Schraube Normvorgaben streng befolgt werden. Wir fordern, dass auch in der Landbewirtschaftung ökologische Kriterien komplex und vollständig verpflichtend vorgegeben werden. Ziel ist dabei die volle Integration von Naturschutz und Landschaftspflege in die Landbewirtschaftung und die zunehmende Anwendung ökologischer Kriterien bei den Landbaumethoden.

Wann die „Geduld“ der Natur endgültig zu Ende ist, wissen wir nicht so genau. Denken wir an die völlig unberechenbaren Folgen der Biotop- und Artenverarmung, wird das besonders klar. Wie Genmanipulationen in diesem Zusammenhang die Situation noch verschärfen können, ist überhaupt nicht abzusehen. Wir sollten bedenken: Die Unberechenbarkeit der Prozesse, das Nichtwissen über viele Folgen unserer Eingriffe in die Natur, das ist das eigentliche Problem. Eines wissen wir aber: Wir dürfen unseren Kindern und Kindeskindern diese Risiken nicht vererben, weil es zur Lösung dann zu spät sein könnte. Wir müssen jetzt handeln, alles andere ist verantwortungslos. Die Probleme sind lösbar, der geschundenen Natur kann noch geholfen werden. Die ökologische Landbewirtschaftung muss aber in der gesellschaftlichen Werteskala einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen, was, gemessen an Aufwendungen für Industrie und Verkehr, rela-

tiv geringe Aufwendungen erfordern wird. Es muss der politische Wille da sein, im Rahmen eines ökologischen Finanzausgleichs der geplagten Natur zu helfen.

Dr. Horst Kittner, März 2000

Elke Wolf

**Helga Eblinghaus, Armin Stickler:
„NACHHALTIGKEIT UND MACHT“.**

zur Kritik von Sustainable Development

Schon lange hatte ich vor, über diesen im IKO - Verlag 1996 erschienenen Titel zu sprechen, dies aber aus unerfindlichen und eigentlich unverzeihlichen Gründen immer wieder verschoben. Bekannt geworden bin ich mit dieser Nachhaltigkeitskritik über eine Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit, die in der damaligen Grundsatzkommission geführt wurde. Zum ersten Mal tauchte im Zusammenhang mit Fundamentalkritik der Begriff BUKO auf. BUKO, d.h. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und ist ein Bündnis bewegungsorientierter EnthusiastInnen, die vor allem im Nord-Süd-Bereich engagiert sind. Nun lässt sich das Nord-Süd-Thema bei wirklich kritischer Sicht nicht von einer umfassenden Patriarchatskritik und unserem Ökologieverständnis trennen. Im Zusammenhang damit und in Konsequenz einer jahrelang kritischen Sicht auf die Dinge ist o.g. Titel als Ergebnis einer Diplomarbeit entstanden, der mir ob seiner Tiefe und kritischen Sicht auf das Thema nur Bewunderung abringen kann. Der BUKO war die einzige Gruppe, die in der Lage war, schon bei der ersten Präsentation der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ von BUND und Misereor eine erste fundierte Kritik anzubringen. Es ging hier nicht um eine Kritik der Kritik willen, sondern um das Aufzeigen jener Machtverhältnisse und Leerstellen im Nachhaltigkeitsdiskurs, die für gewöhnlich nicht mit benannt werden und aus Erfahrung heraus auch in klassisch linken Nachhaltigkeitsdiskursen keine Rolle spielen. Wir, d.h. die PDS hat sich sozusagen relativ unkritisch in einen Diskurs eingeklinkt, bei dem Ökologie verkürzt als Ressource Umwelt verstanden wird, bei dem nicht der Norden als der das weltweite Dilemma verursachende benannt wird, bei dem nicht unser herrschaftsförmiges Zugriff auf alle Lebensbereiche Ausgangspunkt ist, sondern wo die Schuld am jetzigen Zustand der

Erde den Ländern des Süden aufgebürdet wird. Armut verursacht die Ausplünderung der Ressourcen und globale Zerstörung und nicht etwa Reichtum. Als Lösung wird natürlich unsere Hilfe zu Entwicklung angeboten, unsere Technologie, unser Bildungswesen usw. womit sich die eigentlichen VerursacherInnen im Norden geschickt als die RetterInnen global deklariert werden. Ein Umstand, der kaum auffällt, wenn mann/frau nicht kritisch hinter die Fassade schaut und auch Willens ist, die Verhältnisse in der eigenen Kultur zu hinterfragen.

Im Buch wird sich mit einer Vielzahl vom Positionen im s.g. Entwicklungsdiskurs auseinandergesetzt. Wir erfahren von Beck, Biehl, Foucault, George, Marx, Meadows, Menzel, Mies, Rommelspacher, Sachs, Spehr, Ullrich, Wallerstein, Weizsäcker, Wichterich,...; zum Thema Umwelt und Entwicklung im Diskurs, zur Begriffserklärung, zu Wirtschaftswachstum und Bevölkerungspolitik, zu Technozentrismus und Ökologiezentrismus, zu Gewalt und kapitalistischem Weltsystem, zu Sustainable Development als Strategie moderner Herrschaftssicherung und als Baustein für ein neues „hegemoniales Projekt“. Im Anhang ist ein Teil der Debatte um die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ nachzulesen. Ich muss gestehen, das dieser Text einen s.g. Aha-Effekt bei mir ausgelöst hat, eigentlich nicht nur einen, sondern DEN, und dass ich auch im Zusammenhang mit der Fromm'schen Frage zu Haben oder Sein nur noch im herrschaftskritischen Umfeld suchen KANN.

Beide AutorInnen habe ich bei BUKO-Kongressen persönlich gehört, (Christoph Spehr und Ulla Peters wären hier ebenfalls zu nennen), die vom BUKO herausgegebene Zeitung „ALASKA“ ist aus meiner Sicht eine Fundgrube für herrschaftskritische und bewegungsorientiert Suchende.

Das o.g. Buch hat nur einen „Nachteil“. Es ist ob der Faktenfülle nicht ganz schnell lesbar, erfordert Konzentration und Aufmerksamkeit, belohnt durch einen Reichtum von neuen Erkenntnissen und eine große Zahl von Literaturhinweisen, die garantieren, dass mann/frau sich ziemlich lange in diesen Themenbereich versenken kann.

Prof. Michael Succow im Interview

Das Konfliktpotential zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung

Studien belegen, dass in den Windkraftwerken Kaliforniens und Gibraltars zahllose seltenste Großvögel wie Adler und Gänsegeier getötet werden. In Deutschland wurden unter anderem Schwarzstörche, Schwäne und Wildgänse unter den Rotortürmen gefunden, zerstörten Windkraftwerke ganze Rast- und Äsungsgebiete auch für Kraniche. Unglücke, Havarien häufen sich, auf Fehmarn wird eine Schweriner Fallschirmsportlerin durch Rotoren erschlagen. Dennoch behauptet die Windkraftindustrie wörtlich: "Windkraftanlagen – keine Gefahr für Mensch und Tier". *Klaus Hart sprach darüber mit Michael Succow, Professor für Biologie an der Universität Greifswald und Initiator des ostdeutschen Nationalparkprogramms. Succow, der auch NABU-Vizepräsident und Träger des Alternativen Nobelpreises ist, gab das Interview exklusiv für den RABEN RALF, mit dessen freundlicher Genehmigung wir den Nachdruck vornehmen*

Rabe Ralf: Herr Professor Succow, viele halten Windkraft für ökologisch – Sie auch?

Succow: Ich habe eine sehr kritische Position. Dieses überspannte Windkraftprogramm, das flächenhaft ganze Landschaften überzieht, halte ich für nicht mehr verantwortbar. Ich bin nicht prinzipiell gegen Windkraftanlagen – aber nur nach gründlicher Umweltverträglichkeitsprüfung auf ausgewiesenen Standorten. Ich bin für Konzentration auf bestimmte Flächen, insbesondere Industriegebiete, oder andere, die vom Umweltgesichtspunkt her sowieso nicht wertvoll sind. Aber in ökologisch wertvollen Räumen sind Windanlagen für mich ein Fluch. Da will ich ganz klar meiner Besorgnis Ausdruck geben.

Rabe Ralf: Umweltschützer kritisieren, dass Windkraft für Rüstungsfirmen, Atomkonzerne wie Siemens-KWU das große Geschäft ist.

Succow: Natürlich sehe ich als Hauptproblem, dass eben bestimmte Gruppen an den Windkraftanlagen wieder enorm verdienen. Und denken, man kann die überall hinsetzen – als umweltverträgliche Technologie. Doch Standorte müssen eben erst ganz gründlich ausgewiesen werden.

Rabe Ralf: In ganz Deutschland wollen hunderte Umwelt-Bürgerinitiativen verhindern, dass solche Industrieanlagen weiter Natur und Landschaft zerstören, Unruhe bringen. Muss man Windkraftwerke wirklich mitten in schöne Landstriche bauen?

Succow: Ich bin dafür, dass man große Räume freilässt. Was wir in Zukunft brauchen, ist Stille und Ruhe – die Sehnsucht danach wird immer größer in diesem verrückten Mitteleuropa. Noch Flächen mit Stille und Ruhe zu haben, ist die größte Kostbarkeit. Deshalb sollte man Ruheräume in der Landschaft jetzt bewusst schaffen, unzerschnittene Gebiete und verkehrsberuhigte, und natürlich auch Windkraftanlagen-freie Räume.

Rabe Ralf: Doch auch im bislang artenreichsten, „ruhigsten“ deutschen Bundesland, Mecklenburg-Vorpommern, fördert die SPD-PDS-Regierung den Bau von immer mehr Windkraftwerken. Ist man denn da auf dem richtigen Weg?

Succow: Es gibt bestimmte Planungen, die ganz gut sind, wo man Schwerpunkte setzte. Aber viele Anlagen, die in letzter Zeit gebaut worden sind, halte ich auch hier für die Landschaft, den Eindruck schwerwiegend schädigend.

Rabe Ralf: Marlies Preller, NABU-Projektleiterin für Rügen, kritisiert heftig die Errichtung von immer mehr Windkraftwerken auf der Insel. Vorhergesagtes Ergebnis – Kraniche und andere Vogelarten werden in ihren Lebens- und Rasträumen gravierend gestört, was sogar laut EU-Gesetz strikt verboten ist.

Succow: Die Zunahme der Windanlagen auf Rügen wäre nicht gut. Ich kenne die Insel Fehmarn – früher von Dörfern und Kirchtürmen geprägt, heute von Windkraftwerken. Passierte das auf Rügen, wurde ich es als eine Katastrophe ansehen.

Rabe Ralf: Kraniche, vielen so sympathisch, haben mit Windanlagen Probleme. Sehen Sie die auch?

Succow: Die Störung, Irritierung der Kraniche kann ich mir gut vorstellen – es ist ja ein Unruhefaktor, der durch die Windanlagen in die Landschaft kommt.

Rabe Ralf: In Westdeutschland ist die Großtrappe längst ausgerottet – bundesweit gibt es nur noch rund siebenzig Tiere, fast alle in Brandenburg, der Rest in Sachsen-Anhalt. Jetzt will das Agrar- und Umweltministerium in Potsdam unter SPD-Minister Wolfgang Birtler ausgerechnet an den Fiener Bruch, ein wichtiges Trappen-Rückzugsgebiet, Windkraftwerke bauen. Eine intelligente Idee?

- Succow: Schrecklich. Windkraftanlagen und Großtrappen – das geht nicht. Ich bin großgeworden in einer Trappenlandschaft, habe beim Schafehüten jeden Tag meine Großtrappen gesehen, sie gezählt, den Niedergang und Untergang der Population genau verfolgt. Deshalb ist mir klar, dass eine Großtrappe Windkraftanlagen nicht ertragen kann. Dieser Vogel ist ausgesprochen standortstabil, sehr sensibel, erträgt Veränderungen kaum. Ich bin überzeugt, dass er es praktisch nicht mehr schafft, sich Windkraftwerken anzupassen. Solche Anlagen sehe ich als eine der stärksten Beeinträchtigungen an. Bei dem Aufwand, den wir um die Erhaltung der letzten Großtrappen treiben, darf ein solches Projekt nicht sein.

Rabe Ralf: Nun wird vieles hierzulande als angeblich ökologisch verkauft.

Succow: Ich bin mit Deutschland ziemlich fertig, weil ich dies hier alles nicht mehr für zukunftsfähig halte, es immer kritischer sehe. Deshalb widme ich mich auch der Hilfe in Ländern, wo es noch Ethik gibt, Natur noch einen ganz anderen Stellenwert hat.

BUKO - 23. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

in Zusammenarbeit mit den Zeitschriften des sozialistischen Büros „express“ und „Widersprüche“

6. – 8. Oktober 2000 - Berlin

WTB und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus

Seit den Ereignissen von Seattle im November 1999 haben die Debatten über die Widersprüche neoliberaler Globalisierung und über die Internationalisierung sozialer Bewegungen eine neue Dynamik gewonnen:

Die erfolgreichen Proteste gegen die geplante „Millenium-Runde“ der Welthandelsorganisation (WTO) stärkten jene Positionen, die gegenüber den Reformbemühungen vieler Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) die Notwendigkeit grundsätzlicher Kritik betonten.

Das Scheitern der Konferenz machte zugleich die starken Interessengegensätze innerhalb der WTO deutlich: zwischen handelspolitischen Akteuren des Nordens und denen des Südens, aber auch innerhalb der Triade zwischen den europäischen und den US-amerikanischen Protagonisten des weltweiten Neoliberalismus.

Gleichwohl können weder die Proteste von unten noch die Widersprüche innerhalb der WTO darüber hinweg täuschen, dass die Dynamik neoliberaler Globalisierung ungebrochen ist. Neue und immer größere Unternehmensfusionen stehen einer fortschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung gegenüber. Die Liberalisierung von Handel und Investitionen geht einher mit wachsender rassistischer Gewalt und einer Abschottungspolitik gegen MigrantInnen. Eine Reaktion auf weltwirtschaftliche Integrationsbestrebungen ist in nationalistischer und regionalistischer Segregation zu sehen. Dies sind nur einige der regressiven Entwicklungen, deren Ende noch längst nicht abzusehen ist.

Im vergangenen Jahr hat sich der BUKO 22 mit der Weltausstellung EXPO 2000 auseinandergesetzt, die am 1. Juni in Hannover eröffnet wurde. Ebenso wie das EXPO-Konzept als Symbol für die kapitalistische Ideologie des 21. Jahrhunderts gelesen werden kann, so lässt sich die WTO als Manifestation globaler Herrschaftsinteressen interpretieren.

Bislang sind Arbeitsgruppen zu folgenden Themenschwerpunkten geplant:

- WTO & Co. – Diskurse und Institutionen der neoliberalen Globalisierung
 - Einführung in die Weltwirtschaft/Dienstleistungsverhandlungen in der WTO
 - Erfahrungen der Anti-WTO-Bewegung
 - Kritik des Entwicklungsdiskurses
- Gender und Globalisierung . Feministische Kritik und Widerstand
 - Feministische Theorie und Entwicklungspolitik
 - Feministische Aspekte antirassistischer Öffentlichkeitsarbeit
 - Reproduktionskonten fälschen!!!
 - Mikropolitik und Geschlecht
- Global denken, lokal herrschen – Veränderte Politik im 21. Jahrhundert
 - Veränderung von Staatlichkeit und Internationalisierung von Protest
 - Stadtpolitik und Regulation des Sozialen
 - Fragmentierung sozialer Lagen
- Zukunft der Arbeit – Produktion, Reproduktion und Widerstand

- Ende der Lohnarbeitsgesellschaft
- Internationalisierung gewerkschaftlicher Kämpfe
- Subsistenz und real-life-economics
- (Nur) Wer die Macht hat, hat das Recht? – Internationale Abkommen und Herrschaftsverhältnisse
- Gewalt im globalen Kapitalismus
- Internationale Menschenrechte
- EU-Politik und Flüchtlingsrückübernahmeabkommen
- Hoch die ... – Solidarität und Selbstverständnis der KritikerInnen
- Kritik verkürzter Kapitalismuskritik
- Kritische Solidarität
- Virtueller Widerstand und Strukturwandel der Öffentlichkeit

Der BUKO ist für jedeN offen! Anmeldung (der Teilnahmebetrag steht momentan noch nicht fest) bis spätestens 15.9.2000 bei:

BUKO Geschäftsstelle

Nernstweg 32-34

22765 Hamburg

Tel. 040-393156, e-mail: bukohhqt-online.de

Leserbrief

Mit Ökologie wäre die PDS wählbar

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag in der Frankfurter Rundschau vom 4.4.00, die „in der PDS“ (von Marko Ferst) gelesen. Ich wollte Ihnen hiermit nur danken und mitteilen, dass ich sehr wahrscheinlich längst PDS-Wähler wäre, wenn bei dieser Partei die Ökologie irgendeine wahrnehmbare Rolle spielen würde. Sehr schade, denn dann hätten wir vielleicht endlich wieder eine Partei, die man aus guter Überzeugung und nicht nur widerwillig als das kleinste von mehreren Übeln, bloß um kein Nichtwähler zu sein, wählen könnte. Ich wünsche Ihrer „Ökologischen Plattform“ den nötigen Erfolg...

Prof. Dr. Egon Trübenbacher

Johannes Gutenberg Universität, Institut für Physik, Mainz

Termine, Hinweise, Literatur

Termine

- **18.-20.8.2000** Ist eine solare Gesellschaft eine sozialistische Gesellschaft? Zukunftswerkstatt der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Evelin Wittich und Heiko Balsmeyer in Mecklenburg Dorf, 80/ermäßigt 40 DM, Anmeldung: Tel. 030/29784221, geplante Fortsetzung am 8.-10.12.2000
- **2.9.-3.9.2000** Lehmbauseminar, Aranca e.V., 99334 Kirchheim, Anmeldung Tel. 036200/ 61775
- 9./10.9.2000 Bundestreffen der Ökologischen Plattform in Joachimstal, Schorfheide (siehe auch das Schreiben von Manfred Wolf vom Juni 2000)
- **18.9.-22.9.2000** Alternative Lebensweisen-Beispiele in Thüringen, Reisen zu verschiedenen Projekten und Ansätzen in Thüringen. Hat die Alternativbewegung eine Zukunft? Aranca e.V., 99334 Kirchheim, Anmeldung Tel. 036200/ 61775 (bei Interesse bitte sofort anmelden, 80 DM Teilnehmergebühr)
- **29.9.-1.10.2000** Integrale Kunst – Kunst der Integration. Die Brücke von Natur, Politik, Kunst und Philosophie, V. Zukunftswerkstatt „Homo integralis“ Ort: Lebensgut in Pommritz bei Bautzen, weitere Informationen: Tel. 035939/81385 (150 /erm. 75DM incl. Unterkunft und Verpflegung)
- **13.-15.10.2000** Landestreffen der Ökologischen Plattform Sachsen (Adele) im Naturschutzzentrum Schloss Nieder-Spree an der polnischen Grenze, weitere Informationen über Adele
- **18.11.2000**, 18 Uhr, Gedanken zum Leben, Werk und der Wirkung Rudolf Bahro (er wäre an diesem Tag 65 geworden), Rosa-Luxemburg-Stiftung/Rudolf-Bahro-Archiv, angefragte Referenten Dieter Klein, Volker Braun und Ullrich Melle. Ein anschließendes geselliges Beisammensein bietet Möglichkeiten für persönlichen Austausch. Ort: Berlin, Senatssaal der HUB, Unter den Linden 6
- **8.12.2000**, ab 15 Uhr, Zivilisationskritik und Perspektiven einer sozial-ökologischen Gesellschaft, ein weiteres Symposium aus Anlass des 65. Geburtstages von Rudolf Bahro, Heinrich-Böll-Stiftung und Humboldt-Universität, Ort: Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin
- **8.-10.12.2000** Fortsetzung der Zukunftswerkstatt zur solaren Gesellschaft geplant (siehe August)
- weitere Umwelttermine unter www.umweltbildung.de oder im Umweltkalender www.frankfurter-rundschau.de

Materialien

- Positionspapier zur aktuellen **Benzinpreiskampagne**; Bundestagsmaterial, 9 Seiten, zu beziehen über Eva Bulling Schröter (Kontakt siehe letzte Seite)
- **Eco-sozialismus or Eco-capitalism?** A Critical Analysis of Humanity's Fundamental Choices; Saral Sakar; Bestellungen an Saral Sakar, Blumenstr.9, 50670 Köln, Tel. 02211/35249
- Ohne gezüchtete Dornen. Politische, ökologische und spirituelle **Gedichte**; Marko Ferst, 63 Gedichte gelesen vom Autor, CD-Aufnahme Edition Zeitsprung, 19,80 DM, Bestellungen an Marko Ferst, Köpenicker Str.11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882086; Themen: Deutsche Einheit, Fragen um Krieg und Frieden, Liebesgedichte, „Innerem“ menschlichen Wachstum; zum Antiatomwiderstand, zum tibetischen Drama, zur Musik Arvo Pärts, Naturgedichte u.v.a.
- **Über Leben ohne Auto**; (Hrsg.) Matthias Lemke, Nikolaus Huhn; Der Verein „autofrei leben!“ hat ein Lesebuch über den Alltag autofreier Bürgerinnen und Bürger zusammengestellt. Dazu wurden etwa 150 persönliche Berichte von Autofreien gesammelt. Etwa 60 davon wurden für das Buch 'Über Leben Ohne Auto' ausgewählt, das Ende August 2000 im Ökom-Verlag München erscheinen soll. Ca. 170 Seiten, Preis 14,80 DM, ISBN 3-92824460-4; weitere Informationen unter: www.autofrei.de

BAG Internationalismus – Tee und Kaffee in der PDS fair gehandelt kaufen

Die BAGI bietet an InteressentInnen für fair gehandelten Tee und Kaffee Bezugsmöglichkeiten zu vermitteln und gibt dazu auch entsprechende Informationsmaterialien weiter. Informationen und Anfragen an: BAG Internationalismus in und bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 030/ 22757013

Hinweis zu „tarantel Nr.10“

- Nach der Durchsicht der letzten „tarantel“ schlich sich noch ein gravierender Fehler ein. Der Schlussteil des Beitrags von Klaus Hart landete versehentlich auf Seite 7. Im übrigen gibt es von diesem Beitrag „Wendeverlierer Natur“ eine sehr viel ausführlichere Fassung. Sie ist abgedruckt im „telegraph“ Nr. 100. (Tel. 030/4445622, telegraph@schliemann.com)
- Darüber hinaus erhielten wir den Hinweis zu dem Artikel von Dieter Bauer, der Punkt zum Abstimmungsverhalten der Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt in Sachen Autobahn A38 treffe so nicht zu, jedoch stimmten mehrere Kreisverbände für den Bau.

tarantel und Spenden

Spendenkonto: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.-VWZ 831-141 Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Bundesebene und Berlin

Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin (zentraler Verteiler) e-Mail: agigs@pds-online.de
Tel. 030/2411127 (Manfred Wolf)

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen, Brandvorwerkstr. 52-54, 04275 Leipzig, Tel./Fax 0341/ 3950444

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt, Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel Str.5, 06122 Halle, Tel.0345/29418-63
Fax -64

Mecklenburg –Vorpommern

Caterina Muth, PDS-Fraktion, Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel. 0385/5252513 Fax. 0385/5252547
Bürgerinitiative Bahnstrecke Dömitz, c/o Rudi Kunze, T.-Körner-Str.34, 19294 Herddorf, Tel. 038758/20198

Rheinland-Pfalz

Bruno Kern, Am Kronberger Hof 2, 55116 Mainz, Tel. 06131/ 236461

Hessen

Ökologische Plattform Hessen; Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402572

Fax 0561/9402573 e-mail: Claudia Fittkow@t-online.de

Sven Weiberg, Benrathweg 10, 61169 Friedberg, Tel. 06031/63441

Thüringen

Tillmann Steinrück, Dorfstr.51, 07751 Jenaprießnitz (bei Jena) Tel.03641/ 825029 e-mail G.Steinrück@t-online.de
(Jugendgruppe Ökologie)

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg; Karin Lück, Bergstr.41, 15374 Müncheberg, Tel 033432/82211,

e-mail: klueck@zalf.de

Interessengemeinschaft Dritter Weg; Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg,

Tel.03573/80234 Fax 03573/80230

Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11, 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/ 503660 Fax 03303/503659, e-mail P.-Lingner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin-Brandenburg/ Runder Tisch „Nachhaltiges Berlin-Brandenburg“)

Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709 (Kontakt zur BI „Stoppt Transrapid“)

Marko Ferst, Köpenicker Str.11,15537 Gosen, Tel.03362/820571 Fax 03362/ 882988

(ökologische Zukunftsforschung)

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen, c/o E. Jänicke, Elisenstr.40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911 Fax.
9245910

Berlin

PDS Fraktion, Jochen Querengässer (Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher), Niederkirchnerstr.5, 10111 Berlin, Tel.030/23252598 e-mail: jo.quer@t-online.de

Roland Schnell, Rudolfstr.13, 10245 Berlin, Tel.030/29449803 Fax 030/ 29449804 e-mail: Biogas_de@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Arbeitskreis Umwelt Düsseldorf, PDS, z.H. Uwe Hobrack, Oststr.37, 40211 Düsseldorf , Tel.0211/653991 o.
0211/7883453

Bundestagsfraktion

Eva Bulling-Schröter (Umweltpolitische Sprecherin), Deutscher Bundestag, PDS-Bundestagsfraktion der PDS, 11011 Berlin, Tel.030/227-75663 Fax –76656, e-mail: eva.bulling-schroeter@bundestag.de

Tageszeitung „Neues Deutschland“

(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Tel.030/ 293 90786

„Rabe Ralf“

Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147 (Matthias Bauer)

↘Veränderungen und Erweiterungswünsche der Redaktion mitteilen

Mitteilung

Die ökologische Plattform ist in Berlin ab sofort unter der e-Mail- Adresse agigs@pds-online.de erreichbar.

Zur Einsparung von Porto wollen wir – sofern möglich – dieses Medium nutzen. Wir bitten Euch daher, uns Eure e-Mail Adressen zuzusenden, damit wir Euch in den e-Mail-Verteiler aufnehmen können.

Die Tarantel ist über die HomePage www.pds-online.de verfügbar. Wenn Ihr KEIN Papierexemplar benötigt, bitten wir Euch ebenfalls, das mitzuteilen.